Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 145. Sonnabend, den 24. Juni 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zum Gewerkschaftskongreß.

Dresden war als Tagungsort für den 8. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands bestimmt worden, weil dort die internationale hygienische Ausstellung stattfindet, an der sich unsere Zentralverbände beteiligen wollten. Den Kongreßteilnehmern wäre damit nicht allein die bequeme Möglichkeit geboten worden, die Ausstellung besichtigen zu können, sondern die Tagung der Gewerkschaften hätte mit ihren den Arbeiterschutz betreffenden Referaten gewissermaßen zur Vervollständigung der gewerkschaftlichen Ausstellung beigetragen. Diese gute Absicht wurde bekanntlich zuschanden gemacht. Die Öffentlichkeit weiß, wie die Scharfmacher die Regierung und das Ausstellungskomitee zu beeinflussen wußten, damit den Gewerkschaften die Mitwirkung an der Ausstellung versagt blieb. Die schon ziemlich weit gediehenen Verhandlungen der Generalkommission mit dem Ausstellungskomitee gingen schließlich in die Brüche. Die Befürchtung jener Kreise von der „einseitigen" Ausstellung durch die Gewerkschaften, die nur die Schattenseiten, nicht auch die „Lichtseiten" der Hausindustrie zeigen würden, verdichtete sich zu an die Generalkommission gestellten Bedingungen, die diese in Rücksicht auf den Zweck der Ausstellung und in Wahrung der Ehre und des Ansehens der Gewerkschaften zurückweisen mußte. Manche Vorbereitung war inzwischen von den Gewerkschaften getroffen worden; in welch gründlicher Art, bewies uns die vor kurzem veröffentliche Broschüre des Fabrikarbeiterverbandes über die Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie. Die Vorbereitungen der Verbände und die Sammlungen des Materials sind jedoch nicht umsonst geschehen; bei gelegener Zeit werden die Gewerkschaften damit in der Öffentlichkeit aufwarten.

Bleibt es somit den Gewerkschaften versagt, ad oculus die Schäden der Hausindustrie zu zeigen, so wird die Tagesordnung des Kongresses sich damit beschäftigen. Weniger sicher mit der Schilderung der Zustände in der Hausindustrie — denn das ist auf Kongressen und Konferenzen in der letzten Zeit hinreichend geschehen — mehr mit der Unzulänglichkeit der versuchten gesetzlichen Regelung der Hausindustrie. Das Hausarbeitsgesetz, wie es dem Reichstage vorliegt, wird der Vorsitzende des Tabakarbeiterverbandes, Deichmann, behandeln, der aus der Kenntnis der mit Hausindustrie stark durchsetzten Zigarrenfabrikation die Halbheiten dieses Gesetzentwurfes dartun wird. Der Kongreß wird hier als wichtigstes Mittel zur gesetzlichen Regelung der Heimarbeit die Errichtung von Lohnämtern fordern müssen, die Aushängung von Lohntarifen in Betrieben, wo Arbeit außer dem Hause vergeben wird, und ein gänzliches Verbot der Heimarbeit bei der Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln. Daneben muß die Nichteinbeziehung der Heimarbeiter in den Kreis der Kranken- und Invalidenversicherung als im höchsten Grade unsozial gekennzeichnet werden. Daß das Gesetz auch seinem positiven Inhalt nach nicht als ausreichender gesetzlicher Schutz gegen die überwuchernden Schäden der Heimarbeit angesehen werden kann, wird der Kongreß sicher aussprechen.

Von großem öffentlichen Interesse ist die Behandlung des Koalitionsrechtes in Deutschland und des Vorentwurfes zu einem deutschen Strafgesetzbuch. Rechtsanwalt Dr. Heinemann, der als guter Kenner des Strafrechts gilt, und der schon in zahlreichen Prozessen die um ihr Koalitionsrecht klagenden Arbeiter vertrat, wird diese Materie aus seinem reichen Erfahrungsschatze vom juristischen Standpunkte aus besonders gut beleuchten können. Die jetzt schon unhaltbaren Rechtszustände werden durch die Neuregelung des Strafrechts nicht etwas beseitigt, — nein, sie werden noch verschlechtert! Die seit längerer Zeit vielfach beliebte Spruchpraxis der Gerichte, in der Ankündigung einer Arbeitsniederlegung schon eine Erpressung zu erblicken, wird durch das beabsichtigte neue Strafgesetz nicht beeinträchtigt! Es soll zwar zukünftig bei dem Delikt der Erpressung der Nachweis erbracht werden, daß die Abnötigung eines Vermögensvorteiles bezweckt wurde; der aber wird leicht zu deduzieren sein. Sonst kann neben der jetzt bestehenden Gefängnisstrafe der Arbeiter aber mit dem Arbeitshaus und Zuchthaus bestraft werden. — Den § 153 der Gewerbeordnung, der ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter ist, läßt der neue Gesetzentwurf natürlich bestehen. Der Vorentwurf bringt keinerlei Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter, er beschränkt dieses Recht vielmehr noch weiter und nimmt den im Staatsdienste beschäftigten Arbeitern jedes Vereinigungsrecht; seine einzelnen Bestimmungen erinnern lebhaft an das Zuchthausgesetz seligen Angedenkens. Gegen dieses neu geplante Attentat auf das in Deutschland schon verkümmerte Koalitionsrecht der Arbeiter sich mit Energie und Macht zu wenden, muß als besondere Pflicht des über zwei Millionen organisierte Arbeiter vertretenden Kongresses betrachtet werden. Deshalb darf dieser Punkt der Tagesordnung wohl als der wichtigste des Kongresses bezeichnet werden.

Auch die Frage des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenunterstützung, die Paul Umbreit behandeln wird, gewinnt täglich größeres öffentliches Interesse. Was sich in der Arbeitslosenunterstützung die Gewerkschaften als Aufgabe gestellt haben, hätten Staat und Gemeinden schon längst als ihre sittliche Pflicht erkennen müssen. Die Forderung der Gewerkschaften, die Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung einzurichten, und daß das Reich den Gewerkschaften Zuschüsse zu den von ihnen gemachten Aufwendungen zu leisten habe, ohne dabei das Selbstverwaltungsrecht der Gewerkschaften anzutasten, wird auch auf dem Kongreß vertreten werden müssen. Wie hoch die Gewerkschaften durch die Arbeitslosenunterstützung fortlaufend belastet werden, ergeben folgende Zahlen: 1901 erst 1 845 000 Mk. dafür verausgabt, mußten 1907 schon $5^1/_4$ Millionen Mk. dafür aufgewendet werden. In den Krisenjahren 1908 und 1909 stiegen diese Ausgaben auf 9 318 000 bezw. 9 719 000 Mark; sie sanken in der Zeit besseren Geschäftsganges im Jahre 1910, betrugen aber immer noch 7 Millionen Mark. — In der Arbeitsvermittelung ist ein Verbot der privaten Stellenvermittelung und die Errichtung öffentlich-paritätischer Nachweise zu fordern; daneben darf der Ausbau der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise nicht versäumt werden.

Die Frage der Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben ist gleichfalls eine wichtige Frage der Zeit. Paul Lange vom Zentralverband der Handlungsgehilfen dürfte als Referent hierzu aus der Kenntnis der Anstellungsverhältnisse einer den Privatangestellten verwandten Berufsgruppe über ausreichende Sachkenntnis verfügen. Dieses mit der starken Entwickelung der deutschen Industrie mächtig emporgewachsene Heer der Privatangestellten hat zur Vertretung seiner Interessen bereits die Bedeutung und den Wert eines organisatorischen Zusammenschlusses erkannt. Diese Organisation der Privatangestellten in die richtigen Bahnen zu leiten, liegt sehr im Interesse dieser Berufskategorie. Wenn auch meist in etwas besserer wirtschaftlicher Position, sollten die Privatangestellten doch nicht verkennen, daß eine gewisse Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit denen der Arbeiter sie den gewerkschaftlichen Bestrebungen unserer Verbände und ihrer organisatorischen Einrichtungen nahe bringen müßte.

Bei Besprechung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung wird der Referent Robert Schmidt außer einer kurzen Revue der in Deutschland bestehenden Arbeiterschutzgesetzgebung und einer Schilderung der Unfruchtbarkeit der Arbeiterversicherungsgesetzgebung der letzten Jahre gewiß auch der vom Reichstage verabschiedeten Reichsversicherungsordnung ein kritisches Nachwort widmen. Die Gewerkschaften haben vergeblich versucht, auf ihren Tagungen und auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongresse der Reichsversicherungsordnung einen den Wünschen der Arbeiter einigermaßen entsprechenden Inhalt zu geben. Die Mehrheitsparteien im Reichstage aber hatten für die Wünsche der Scharfmacher mehr Gehör und stimmten die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion nieder. Der Kongreß wird hier aussprechen müssen, was der deutschen Arbeiterversicherung und der Schutzgesetzgebung mangelt. — Eine Resolution des Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiterverbandes protestiert gegen die Ausschaltung der Frauen in den Ehrenämtern der Arbeiterversicherung und fordert die Mitwirkung der weiblichen Versicherten in der Rechtsprechung.

Über Bildungsbestrebungen und Bibliothekswesen in den Gewerkschaften wird Sassenbach referieren. Öffentlich wird hierbei einmal gezeigt werden, was die Gewerkschaften in ihren Institutionen an Bildung und Aufklärung der Arbeitermassen leisten, so in den von der Generalkommission veranstalteten Unterrichtskursen, in der Literaturbeilage des Korrespondenzblattes, in den örtlichen Vortragskursen und anderes mehr. — Im Bibliothekswesen müßte noch mehr auf eine Zentralisation der an den einzelnen Orten bestehenden Arbeiterbibliotheken hingewirkt werden.

Die Errichtung einer „Volksfürsorge", einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungsvereinigung, wird als weiterer Behandlungsgegenstand noch der Tagesordnung des Kongresses angefügt werden. Den Mitgliedern der Gewerkschaften und der Konsumvereine soll damit eine Versicherung geboten werden, die jeden eingezahlten Pfennig möglichst an die Versicherten zurückerstatten wird. In den Privatversicherungsgesellschaften gehen den Versicherten heute jährlich 150 Millionen Mark an eingezahlten Beiträgen verloren. Und die Verwaltung in diesen Gesellschaften kostet ungeheure Summen; bezieht doch bekanntlich der Direktor der „Viktoria" allein über 777 000 Mk. Jahreseinkommen. Gewerkschaften im Verein mit der Konsumgenossenschaft wollen mit dieser „Volksfürsorge" daher dem Arbeiterpublikum eine Versicherung schaffen, in der die Interessen der Versicherten in weitestem Maße gewahrt werden. Es soll eine Sterbegeld- und Altersunterstützung, eine Kinderversicherung und eine Notfondsunterstützung eingerichtet werden. Einzelheiten über diese geplante Einrichtung sollen dem Kongreß vorgelegt werden. Die Einrichtung würde sicher dazu beitragen, daß wirtschaftliche Macht sich immer mehr in den Händen der Arbeiter konzentriert.

Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission, den Karl Legien erstatten wird, liegt dem Kongreß gedruckt vor.

Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juni 1908 bis 31. Mai 1911. Die sozialpolitische Arbeit des Reichstages in ihrer Bedeutung für die Gewerkschaften und die Stellung unserer Verbände zu den sozialpolitischen Gesetzes-Verschlechterungen werden darin zunächst besprochen. Außer einigen kritischen Zeilen zur Finanzreform werden das Arbeitskammergesetz, das Hausarbeitsgesetz, die Novelle zur Gewerbeordnung, das Stellenvermittlergesetz, das Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen und die Reichsversicherungsordnung erwähnt. Der Legitimationskartenzwang für ausländische Arbeiter in Deutschland und die Maßnahmen der internationalen Gewerkschaftskonferenz hierzu, die gemeinsamen Arbeiten der Partei und der Gewerkschaften zur Erziehung der Arbeiterjugend und das Maifeierabkommen werden im Bericht dargestellt. Ein größeres Kapitel ist den Verhandlungen zur Beteiligung der Gewerkschaften an der internationalen hygienischen Ausstellung gewidmet. Besonderes Interesse beanspruchen die Vereinbarungen mit dem Zentralverband der Konsumvereine, die auf dem Kongreß auch als besonderer Punkt im Rechenschaftsbericht behandelt werden sollen. Die Vereinbarungen bezwecken, der Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen, weshalb die Verwaltungen der Konsumvereine vor nachteiligen Bezugsquellen gewarnt und ihnen einwandsfreie Bezugsquellen genannt werden sollen; desgleichen sollen die Konsumvereine Strafanstaltserzeugnisse nicht mehr zum Verkauf bringen. Bei dem Kauf von Waren sollen die Konsumvereine nur tariftreue Firmen berücksichtigen. Der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses, der die Gewerkschaften zur Unterstützung der Konsumvereinsbewegung verpflichtet, wird erneut in Erinnerung gebracht. Boykott über Lieferanten der Konsumvereine darf nur unter Zustimmung der beteiligten Gewerkschaft und der Generalkommission verhängt werden, vordem ist die Vermittelung des Zentralvorstandes der Konsumvereine anzurufen. Und endlich wird bei Gründung industrieller Arbeitsgenossenschaften größere Vorsicht angeraten. Über die Tätigkeit der durch die Generalkommission eingerichteten Institutionen, dem Arbeiterinnensekretariat, dem Zentralarbeitersekretariat und der neugegründeten sozialpolitischen Abteilung wird ebenfalls berichtet. Die Besprechung der internationalen Verbindung und eine kurze Abhandlung über die innere Verwaltung beschließen den Bericht, dem ein ausführlicher Kassenbericht beigegeben ist. Einnahmen und Ausgaben sind gestiegen. Die Einnahme betrug rund 1 061 000 Mk., die Ausgabe 1 019 000 Mk., sodaß ein Überschuß von 42 000 Mk. zu verzeichnen ist; der Kassenbestand beziffert sich auf 405 000 Mk. Die Abrechnung über Streiks und Aussperrungen schließt einschließlich eines Saldovortrages von 8449 Mk. mit rund $2^1/_2$ Millionen Mark ab. Diese hohe Summe wurde durch den schwedischen Streik und die Bauarbeiteraussperrung verursacht.

Das Jahr 1910 zeigte die Gewerkschaften wieder auf dem gewohnten Vormarsch. Die Zentralverbände steigerten ihre Mitgliederzahl um 174 346 im Jahresdurchschnitt. 9 Verbände hatten einen Mitgliederverlust von 2634 zu verzeichnen, während in 44 Verbänden 238 087 Mitglieder bis zum Jahresschluß gewonnen wurden. 7 Verbände haben mehr als 100 000 Mitglieder, der größte hat inzwischen eine Mitgliederzahl von einer halben Million erreicht.

Die Zentralverbände hatten am Jahresschluß 1910 2 128 021 Mitglieder. Die zweite Million ist also überschritten.

Mit diesem erfreulichen Ergebnis tritt der Gewerkschaftskongreß am 26. Juni zur Beratung seiner reichhaltigen Tagesordnung zusammen. Die starke Entwicklung der deutschen Zentralverbände und ihre Erfolge in der Hebung der Lebenslage der deutschen Arbeiter haben das Vertrauen der Arbeiter und Arbeiterinnen zur gewerkschaftlichen Organisation gestärkt, sie dienen als beste Werbekraft für den gewerkschaftlichen Organisationsgedanken. In diesem Sinne weiter tatkräftig zu wirken, wird der Dresdener Kongreß beitragen. Möge seiner reichen Arbeit auch reiche gewerkschaftliche Ernte beschieden sein!

In dieser Erwartung entbieten wir dem Gewerkschaftskongreß im Namen der Lübecker klassenbewußten Arbeiterschaft unsere herzlichsten Grüße!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Reichsversicherungsordnung.

Am Mittwoch haben die Beratungen im Reichsamte des Innern zur Durchführung der Reichsversicherungsordnung ihren Abschluß gefunden. In allen wesentlichen Punkten wurde Übereinstimmung über die zu ergreifenden Maßnahmen erzielt. Auch über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vorschriften für die Unfallversicherung und für das Verfahren wurde Beschluß gefaßt. Festgestellt wurde, daß die Krankenversicherung erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Durchführung gelangen könne, weil vorher noch umfangreiche Vorarbeiten zu bewältigen seien, wie z. B. für die Versicherung der unständigen Arbeiter und der Hausgewerbetreibenden.

„Beschlußunfähig".

Im preußischen Abgeordnetenhause gab es am Freitag eine Überraschung. Auf der Tagesordnung stand die dritte Lesung der rheinischen Gemeindeordnung. Ein vom Zentrum und von den Fortschrittlern gestellter Antrag auf Einführung der geheimen Stimmabgabe wurde abgelehnt. Ein weiterer Zentrumsantrag, der die Aufhebung der Arreststrafen für Unterbeamte im Geltungsbereich dieses Gesetzes verlangt, hatte das gleiche Schicksal. Über diesen Antrag fand eine namentliche Abstimmung statt, die die Anwesenheit einer beschlußfähigen Zahl von Mitgliedern ergab.

Wenige Minuten später wurde über einen neuen Zentrumsantrag abgestimmt, der sich auf die Wahl der Landbürgermeister bezieht und nun stellte sich plötzlich die Beschlußunfähigkeit heraus. Das Zentrum hatte etwa 50 seiner Mitglieder abkommandiert und die Beschlußunfähigkeit auf diese Weise absichtlich herbeigeführt. Der Grund für dieses Verhalten ist kein Geheimnis mehr, wenn man weiß, daß die Linke die Absicht hatte, am Schlusse der Sitzung zu beantragen, am Montag den Wahlrechtsantrag auf die Tagesordnung zu setzen. Dem Zentrum ist hieran nichts gelegen; es hätte aber auch nicht gut gegen einen solchen Antrag stimmen können. Der Ausweg war Beschlußunfähigkeit durch Abkommandierung von Zentrumsmitgliedern. Die Folge der Beschlußunfähigkeit war, daß der Präsident die Sitzung schließen mußte und daß es ihm überlassen bleibt, die Tagesordnung für Montag selbst zu bestimmen. Natürlich konnte auch die geplante Geschäftsordnungsdebatte über die parlamentarische Behandlung des Wahlrechtsantrages nun nicht stattfinden, denn sobald sich die Beschlußunfähigkeit herausgestellt hat, kann kein Abgeordneter mehr das Wort ergreifen. So verschuldet es das Zentrum, daß der Wahrrechtsantrag am Montag noch nicht beraten wird. Ob er überhaupt in dieser Session zur Beratung kommt, ist zweifelhaft.

Der Hansabunds-Krach.

Geheimrat Rießer, Präsident des Hansabundes, hat dem Landrat a. D. Rötger, der zürnend und grollend dem Hansabunde den Rücken kehrte, geschrieben, Rötgers Austritts könne nur den Sinn haben, daß er jetzt aus Gründen politischer Taktik wünsche, daß der Hansabund nicht mehr den satzungsmäßigen wirtschaftspolitischen Kampf gegen die Übergriffe des Bundes der Landwirte führe, sondern einen satzungswidrigen Kampf gegen alles, was links stehe, aufnehme. Das Verfahren widerspreche in hohem Maße den dauernden Lebensinteressen des gesamten deutschen Gewerbestandes. Der Hansabund werde, gestützt auf die begeisterte Zustimmung weiter Kreise des deutschen Gewerbestandes, sein Programm unbeirrt fortsetzen und durchführen; seine Aktionskraft und Geschlossenheit werde durch den Schritt Rötgers nicht gemindert.

Die „Vossische Zeitung" meint, es sei verständig und verständlich gewesen, daß die Großindustrie bei der Gründung des Hansabundes nicht zurückstehen, sich nicht absondern wollte. Ein Beweis der Höflichkeit, der Friedfertigkeit und des Vertrauens sei es gewesen, daß die Schöpfer des Bundes und die Versammlung im Zirkus Busch dem Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industriellen eine der Präsidentenstellen und einige Plätze im Direktorium einräumten. Von Anfang an hätte es Zuschauer gegeben, die ein dauerndes Einvernehmen für ausgeschlossen hielten. Der frühere Landrat Rötger sei ein streng konservativer Mann, der weit mehr Sinn und Verständnis für die Scharfmacherei gegen die Sozialdemokratie, als für die Stärkung des Bürgertums gegen die Macht des Übergrariertums, ein viel schärferes Auge für die Begehrlichkeit der Arbeiter, als für die Begehrlichkeit ostelbischer Landlords habe. Er fühle sich verletzt, wenn in markigen Worten „Bürger heraus:" gerufen werde.

Die „Vossische Zeitung" scheint durchaus zu übersehen, daß der Scharfmacher Rötger, der streng konservative Mann, auch heute noch ungestört dem Hansabundspräsidium angehören würde, wenn er nicht freiwillig und brüsk auf diese Ehre Verzicht geleistet hätte.

Die „Kreuzzeitung" führt aus, der unausbleibliche Krach im Hansabunde habe seinen Anfang genommen. Aus der Affäre Rießer-Rötger sei zu ersehen, daß der Präsident des Bundes die übrigen Präsidialmitglieder nur als Dekorationsfiguren ansehe, die dazu da seien, seinen scharfen Linksabmarsch zu verdecken. Und in diesem Sinne werde man nun auch die noch verbleibenden Mitglieder des Hansabund-Präsidiums entweder als Jung- und Linksliberale oder als Strohmänner ansehen.

Der „Reichsbote" fühlte wieder einmal den Ehrgeiz, groteske Komik zu produzieren. Er schreibt, Rötgers Erklärung sei für Rießer so niederschmetternd, „daß ihm wohl nichts anderes übrig bleiben wird, als sein Amt niederzulegen und den Hansabund als eine innerlich widerspruchsvolle und darum unhaltbare Gründung erscheinen zu lassen." Es sei vorauszusehen gewesen, daß das kommen mußte — und es sei gekommen „und zwar noch zur rechten Zeit, um das Unheil zu verhüten, welches der Hansabund unter Rießers Führung mit seiner Sammlung der linksstehenden Liberalen und der Sozialdemokratie zur Bekämpfung der Rechten bei den Wahlen angerichtet haben würde." Sein gehässiger unwahrer Ausruf: „Bürger heraus!" müßte ihm zum Sturz geraten. Hoffentlich werde der Brief Rötgers weiten Kreisen die Augen öffnen.

Das Pflichtfortbildungsschulgesetz gescheitert?

Die Abgeordnetenhaus-Kommission für das Pflichtfortbildungsschulgesetz hat die zweite Lesung beendet. In der Debatte wurde ein Antrag der Konservativen angenommen, nach dem durch Beschluß des Schulvorstandes eine angemessene Zeit zur religiösen Unterweisung zur Verfügung gestellt werden kann. Die Nationalliberalen beantragten, daß durch diesen fakultativen Religionsunterricht keine Verkürzung des regelmäßigen Unterrichts eintreten dürfe. Dieser Zusatzantrag wurde abgelehnt und der konservative Antrag angenommen. Später wurde dann auch noch vom Zentrum und den Konservativen ein weiterer Antrag angenommen, nach dem eine Versäumnis der religiösen Unterweisung nicht bestraft wird, falls die Befreiung von dem Schulpflichtigen gewünscht und von dem, der über ihn die elterliche oder Erziehungsgewalt hat oder von dem Lehr- und Dienstherrn beantragt worden ist. Der Handelsminister erklärte, daß die Regierung eine solche zwangsweise Zuführung der Schüler zum Religionsunterricht grundsätzlich ablehne und in der Kommission wurde hervorgehoben, daß eine derartige Bestimmung die Schüler zu Fälschungen verleiten müsse. Trotzdem wurde der Antrag angenommen.

Zum Schlusse wurde auch noch der § 19 dahin geändert, daß neben dem Handelsminister auch der Kultusminister mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt wird. Nun erklärte der Handelsminister v. Sydow, durch den Umstand, daß die Kommission trotz seiner wiederholten Erklärungen sowohl den Religionsunterricht einführe, als auch den Kultusminister zur Ausführung mit heranziehe, sei das Gesetz für ihn und für die Staatsregierung unbedingt unannehmbar geworden.

Damit war die zweite Lesung erledigt. Unter solchen Umständen erscheint es mehr als fraglich, ob das in dieser Art verschlechterte Gesetz zustande kommen wird.

Immer wieder Bespitzelungsversuche.

Ein Schlosser Odemar war vom Schöffengericht Magdeburg-Buckau wegen Diebstahls eines Rucksackes zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Er legte Berufung ein und behauptete in der Verhandlung vor dem Magdeburger Landgericht (21. Juni), die ihn belastenden Angaben des Kriminalschutzmannes Horn stimmten nicht. Dieser habe ihn aufgefordert, der Polizei Spitzeldienste zu leisten, zu diesem Zwecke Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu werden und ihm Berichte über die Verhandlungen und Beschlüsse dieses Vereins zu bringen. Für jeden Bericht solle er zehn Mark bekommen. Er habe es aber abgelehnt, Verrat zu üben und sich dadurch mißliebig gemacht.

Das Landgericht hob wegen ungenügenden Beweises das Urteil des Schöffengerichtes auf und sprach den Angeklagten frei.

Brotwucher.

Im Auftrage des Königsberger Magistrats hat das Statistische Amt der Stadt Königsberg eine Schrift über die monatliche Bewegung des Gewichts und der Preise für Roggenbrot und Weißbrot, die Großhandelspreise von Roggen und Weizen und über die Kleinhandelspreise von Weizenmehl und Roggenmehl 1902—1910 herausgegeben. Die Schrift zeigt, wie außerordentlich die höheren Zölle von 1902, die im Jahre 1906 in Kraft traten, das Brot und Mehl verteuert haben. So wog ein Roggenbrot für 50 Pfg. im Jahre 1904 noch 2509 Gramm, im Jahre 1908 aber nur 1724 Gramm, macht einen Unterschied von 785 Gramm. Das Gewicht eines Franzbrotes (Weißbrötchen) betrug im Jahre 1903 72 Gramm, im Jahre 1909 sank das Gewicht auf 51 Gramm. Eine Semmel wog im Jahre 1903 66 Gramm, im Jahre 1908 nur 48 Gramm. Ein Zwieback wog im Jahre 1904 39, im Jahre 1908 nur 29 Gramm. Ein Brötchen wog im Jahre 1904 33 Gramm, im Jahre 1909 25 Gramm.

Im Jahre 1904 kostete das Kilogramm Roggenbrot 20,050 Pfg., im Jahre 1908 28,310 Pfg. Das Kilogramm Weißbrot stellte sich im September 1905 auf 38,833 Pfg., im Juni 1909 auf 54,973 Pfg.

Der Großhandelspreis für Weizen stellte sich im Jahre 1902 auf 14,37 Mk. für 100 Kilogramm, im Jahre 1909 aber auf 25 Mk., was eine Spannung von 10,63 Mk. ausmacht. Im Jahre 1903 betrug der Roggenpreis für 100 Kilogramm 12,03 Mk., im Jahre 1907 aber 20,35 Mk., also mehr 8,32 Mk.!

Im Kleinhandelspreis kostete im Jahre 1903 ein Kilogramm Weizenmehl 32 Pfg., im Jahre 1908 aber 42 Pfg. Roggenmehl kostete im Jahre 1903 das Kilogramm 25 Pfg., im Jahre 1909 aber 39 Pfg., macht eine Steigerung von 14 Pfg. Von Mitte 1909 macht sich wohl ein Abflauen der Preise bemerkbar, doch erreichen die Preise lange nicht den Stand von 1903 und 1904, und in diesem Jahre sind die Getreidepreise und Brotpreise wieder gestiegen, sodaß sie den Stand von 1908 erreicht haben.

Das Statistische Amt stellt weiter fest, daß die Bewegung des Roggenbrotpreises ziemlich gleichmäßig mit der des Roggenpreises verläuft. Allerdings macht ersterer nicht alle großen und schnellen Sprünge mit, die Bewegung des Roggenbrotpreises ist gemäßigter; sie geht einerseits nie so tief hinab wie der Roggenpreis, steigt aber auch nie so hoch wie dieser. Die Bewegung des Weizenbrotpreises und des Weizenpreises zeigt aber außerordentliche Verschiedenheiten. Zwar folgt der Weizenbrotpreis einer Aufwärtsbewegung des Weizenpreises in der Regel recht schnell; dagegen hielt sich der Weizenbrotpreis von Dezember 1907 bis Juli 1908 andauernd recht hoch, trotzdem der Weizenpreis in dieser Zeit bedeutend sank. Vielfach folgte der Weizenbrotpreis mehr der Bewegung des Roggen- als des Weizenpreises.

Es ist in mehr als einer Hinsicht verdienstvoll, wenn städtische statistischer Ämter solche Untersuchungen anstellen; es wird dadurch nicht nur der skandalöse Brotwucher offenkundig, auch das Geschwätz von der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter wird durch Beweise wie die vorstehenden in geradezu klassischer Weise ad absurdum geführt.

Die württembergische Zweite Kammer

hat in fünf Sitzungen das schwierige Werk der Beamtenbesoldungsreform erledigt. Die Reform bedeutet für das kleine Land eine außerordentlich starke finanzielle Belastung. Für 1911 verursacht die Vorlage nach den endgültigen Beschlüssen einen Überaufwand von 8 166 183 Mk., für 1912 einen solchen von 9 891 132 Mk. Die sozialdemokratische Fraktion, die sich der Notwendigkeit einer Beamtenaufbesserung nicht von vornherein verschloß, machte ihre schließliche Zustimmung von einer einigermaßen ins Gewicht fallenden stärkeren Aufbesserung der staatlichen Arbeiter abhängig. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien zeigten sich diesen Forderungen gegenüber in der Kommission zunächst sehr abgeneigt und stimmten in der ersten Lesung alle Verbesserungsanträgr unserer Genossen nieder. Da den bürgerlichen Parteien und der Regierung aber offenbar daran lag, die Zustimmung unserer Fraktion zum Besoldungsgesetz zu erlangen, zeigte man sich in der Zweiten Kammer geneigter, auf die sozialdemokratischen Vorschläge einzugehen. So gelang unseren Genossen der von der württembergischen Arbeiterschaft freudig begrüßte Erfolg, eine Erhöhung des Aufwandes für die Löhne der Hütten-, Forst- und Verkehrsarbeiter für 1911 von 841 900 Mk. auf 1 259 000 Mk. und für 1912 von 841 000 Mk. auf 1 339 300 Mk. durchzusetzen. Für die Forstarbeiter kommen für 1912 noch 110 000 Mk. aus den Erträgnissen des Forstetats hinzu. Diese von der Kommission angenommenen sozialdemokratischen Vorschläge haben nunmehr die Billigung des Plenums gefunden. Unser Fraktionsredner hat bei den Plenarberatungen selbstverständlich die Gelegenheit wahrgenommen, in der verkehrten Wirtschaftspolitik und der ungerechten Steuerpolitik des Reiches die Ursachen dieser neuen finanziellen Belastung des Staates aufzudecken. Unbeschadet der vorurteilsvollen Haltung, erklärte unser Redner, die ein Teil der Beamten, namentlich die Bezirksbeamten, der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gegenüber einnehmen, stimme die Sozialdemokratie für die Aufbesserung aller Beamten, sie hoffe aber, daß in der gesamten Beamtenschaft eine objektivere Würdigung der modernen Arbeiterbewegung und ihrer Bestrebungen Platz greife.

Frankreich.

Das Kabinett Monis gestürzt. In der gestrigen Kammersitzung begründete Andre Hesse seine Anfrage an den Kriegsminister über dessen Anschauungen von dem Oberkommando im Kriegsfalle. Der Redner warf Goiran vor, im Senat gesagt zu haben, daß es einen Generalissimus nicht gebe, und daß im Kriegsfalle die Leitung der Operationen der Regierung zustehen würde. Hesse führte weiter aus, in Kriegszeiten sei ein Oberbefehlshaber nötig und die Politiker müßten schweigen. Admiral Bienaime setzte auseinander, daß es notwendig wäre, schon von langer Hand einen Führer bereitzustellen, der fähig sei, den Sieg zu organisieren. Er wies auf das Beispiel Preußens, Moltkes und General Pedona hin, faßte die Hypothese eines Krieges mit dem Dreibund ins Auge und wies hin, daß die Armee in den Alpen, im Osten und Norden geteilt sein müßte, so daß ein einziger Mann nicht alle Armeen leiten könnte. Er forderte, daß die Oberbefehlshaber wie in Deutschland bereits in Friedenszeiten ernannt würden.

Der Kriegsminister erklärte, man gab seinen Worten eine Bedeutung, welche sie nicht hätten, er drückte im Senat nur seine persönliche Meinung aus, die übrigens der Ansicht seines Vorgängers Berteaux entspreche. Er schloß mit den Worten: Nichts ist geändert an der seit langem vorgesehenen Organisation und dem Kommando, das allen Bedürfnissen genügt. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Da die Kammer in der Interpellationsdebatte über die Senatsrede des Kriegsministers die vom Justizminister im Namen der Regierung abgelehnte einfache Tagesordnung mit 248 gegen 224 Stimmen angenommen hat, ist das Ministerium als gestürzt anzusehen. Die Demission ist bereits erfolgt. In der Kammer rief das Abstimmungsergebnis große Aufregung hervor. Gleichwohl blieben die Minister ruhig auf ihren Plätzen. Ein sozialistischer Deputierter bestieg die Rednertribüne, um die Interpellation über die Ländereikonzessionen in Tunis zu begründen, doch wurde von der Opposition ein solch langanhaltender Lärm verursacht, daß Vizepräsident Etienne sich genötigt sah, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme vertagte sich die Kammer bis Dienstag. In den Wandelgängen der Kammer verlautet, mehrere Minister hätten gegen den Justizminister lebhafte Vorwürfe erhoben, weil er sich nicht mit der einfachen Tagesordnung begnügt habe. Es heißt, daß Monis telephonisch erklärt habe, daß er die einfache Tagesordnung annehme.

Bezüglich der Niederlage des Kabinetts in der Kammer wird in Kammerkreisen erzählt, daß eine Anzahl Radikaler gegen das Ministerium stimmte, weil dasselbe in der Frage der Wahlreform sich auf die Seite der Anhänger der Proportionalwahl gestellt hatte. Immerhin wird die Niederlage des Ministeriums hauptsächlich einem Mißverständnis des Justizministers Perrier zugeschrieben, welcher als Vertreter des Ministerpräsidenten Monis der Kammersitzung beiwohnte und die Erklärung abgeben zu müssen glaubte, daß er in einer so ernsten Frage nur die von dem Radikalen Picard eingebrachte Vertrauenstagesordnung annehmen könne.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 24. Juni.

Achtung, Tapezierer! Die Tapeziergehilfen Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Das erste Arbeiterkinderfest findet morgen nachmitta im Tiergarten an der Arnimstraße statt. Der Abmarsch des Festzuges der Kinder erfolgt präzise 2 Uhr vom Burgfelde aus. Auf dem Festplatz Spiele und Konzert. Jedes Kind erhält ein Geschenk! Arbeiter und Arbeiterinnen von Lübeck, macht Euren Kindern eine Freude. Laßt alle an dieser Veranstaltung teilnehmen. Auch dieses Kinderfest muß eine Massenkundgebung werden.

Der Bau einer Straßenbahn Lübeck-Schwartau wird den Bürgerausschuß in seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Der Senat beantragt, 1. daß die Straßenbahn bis zum Schwartauer Marktplatz weitergeführt werde; 2. daß dem in der Unteranlage 1 abgedruckten Vertrage zwischen der freien und Hansestadt Lübeck und der Fleckengemeinde Schwartau vom 10./13. Mai 1911 die erforderliche Genehmigung erteilt werde; 3. daß zur Ausführung des unter 1 bezeichneten Unternehmens ein Betrag von 454 000 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werde. In dem Vertrag zwischen Lübeck und der Fleckengemeinde Schwartau heißt es u. a.: Die freie und Hansestadt Lübeck verpflichtet sich, einen Straßenbahnbetrieb vom Kohlmarkt bezw. Marktplatz-Lübeck bis zum Marktplatz-Schwartau einzurichten. Die Inbetriebnahme muß bis spätestens am 31. März 1912 erfolgen, soweit nicht unvorhergesehene Hindernisse eintreten. Der Ausbau der Strecke geschieht zunächst eingleisig. Die Weichen werden in der Weise angeordnet, daß sich ein Zehn-Minutenverkehr ermöglichen läßt. Der regelmäßige Betrieb erfolgt von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr in Zwischenräumen von 20 Minuten. Daneben erfolgt mindestens die Ablassung 1. ausreichender Wagen von Schwartau zur Beförderung der Arbeiter, etwa 5,14 Uhr morgens, 2. ausreichender Wagen von Schwartau zur Beförderung der Schüler. Der letzte Wagen ab Kohlmarkt bezw. Marktplatz Lübeck soll bei seiner Abfahrt darauf Rücksicht nehmen, daß die Theaterbesucher ihn zur Fahrt benutzen können. Die Gemeinde Schwartau verpflichtet sich, eine etwaige Unterbilanz in dem Betriebe bis zur Höhe von 18000 Mk. jährlich während der ersten fünf Betriebsjahre und von 17500 Mk. während der folgenden fünf Betriebsjahre der freien und Hansestadt Lübeck zu ersetzen. Die Gemeinde Schwartau verpflichtet sich, den für den Bahnkörper erforderlichen Grund und Boden, soweit er nicht im Eigentum der freien und Hansestadt Lübeck steht, dieser zur unentgeltlichen Benutzung für die Dauer des Bahnbetriebes zur Verfügung zu halten. Der freien und Hansestadt Lübeck wird rücksichtlich des Straßenbahn-Unternehmens Befreiung von sämtlichen Steuern und Abgaben, seien es Staats-, Provinzial- oder Gemeindesteuern oder -Abgaben, gewährleistet. Für die mit der Gemeinde Schwartau hinsichtlich der zu leistenden Garantiesumme und deren Rückzahlung zu haltende, dem Gemeindevorstande jährlich mitzuteilende Abrechnung gelten die folgenden Bestimmungen: 1. Als Einnahmen sind zu verrechnen: a) Die Einnahmen aus den Kurswagen Lübeck-Kohlmarkt bezw. Marktplatz und Schwartau-Marktplatz, b) die Einnahmen aus dem Erlös von Bündelfahrscheinen, Schüler- und Arbeiterkarten der Strecke Lübeck-Schwartau. 2. Die Ausgabe ist derart zu bestimmen, daß a) hinsichtlich der Betriebskosten der für die gesamten Linien sich ergebende Kostensatz für je ein Wagenkilometer mit den auf der Schwartauer Linie effektiv geleisteten Wagenkilometern multipliziert wird, und b) hinsichtlich des Anlagekapitals 4 Prozent Verzinsung und 3 Prozent für Erneuerung in Anrechnung gebracht werden. Der Fahrpreis soll für die Strecke Lübeck-Schwartau und ebenso in umgekehrter Richtung 20 Pfennig betragen. Für Teilstrecken werden 10 Pfg. bezw. 15 Pfg. als Fahrpreis bezahlt. Es werden Fahrscheinbündel, Schüler- und Arbeiterkarten zu ermäßigten Preisen ausgegeben. Auf dem Gebiete der Gemeinde Schwartau sind außer der Endstation mindestens fünf Haltestellen nach Wahl des Gemeindevorstandes einzurichten. Sollte nach Ablauf der Garantiezeit innerhalb dreier aufeinander folgender Betriebsjahre nicht eine durchschnittliche jährliche Verzinsung von vier Prozent des Anlagekapitals nach Deckung der Betriebskosten einschließlich einer dreiprozentigen Rücklage in den Erneuerungsfonds erzielt werden, so ist die Freie und Hansestadt Lübeck berechtigt, den Betrieb einzuschränken oder einzustellen. Wird der Betrieb von der Freien und Hansestadt Lübeck eingeschränkt oder eingestellt, so wird die Freie und Hansestadt Lübeck der Gemeinde Schwartau oder dem Landesverbande des Fürstentums Lübeck auf Antrag eine Konzession für den Betrieb einer Straßenbahn Marktplatz Lübeck bis zur Landesgrenze bei Schwartau unter den alsdann festzustellenden Bedingungen erteilen. In der Genehmigungsurkunde für den Bau und Betrieb einer elektrischen Straßenbahn in der Gemeinde Schwartau heißt es: Wird den Vertragsbestimmungen entgegen der ordnungsmäßige Betrieb schuldhafterweise nicht aufrechterhalten, so ist für jeden Tag der Aussetzung des Betriebes eine Geldstrafe von 50 Mark zu erlegen. Das oldenburgische Staatsministerium wird bis zum 31. Dezember 1921 dem Lübeckischen Staate für den Fall der Ausdehnung des Betriebes auf das Gebiet der Gemeinden Schwartau, West- und Ost-Ratekau, Rensefeld, Obernwohlde und Stockelsdorf die Betriebsgenehmigung gewähren und einem andern Unternehmer erst dann den Betrieb einer konzessionspflichtigen elektrischen Straßenbahn oder einer dem Personenverkehr dienenden straßenbahnähnlichen Kleinbahn gestatten, wenn der Lübeckische Staat es abgelehnt hat, den Betrieb unter den von jenem Unternehmer gestellten Bedingungen aufzunehmen. Während der Genehmigungsdauer wird die oldenburgische Regierung keinem Dritten gestatten, längs einer vom Lübeckischen Staate in Betrieb erhaltenen Linie eine neue konzessionspflichtige elektrische Straßenbahn oder eine dem Personenverkehr dienende konzessionsflichtige straßenbahnähnliche Kleinbahn anzulegen und zu betreiben.

Die Anlagekosten belaufen sich auf 454 000 Mk. Vorgesehen ist die Beschaffung von fünf großen Motorwagen und acht Anhängewagen. Die Länge der zu bauenden Strecke beträgt vom jetzigen Endpunkt an der Karlstraße bis zu dem Schwartauer Marktplatz 4800 Meter. Bei Durchführung des vertragsmäßigen Betriebes wird bei Annahme einer Einnahme von 27 Pfg. und einer Ausgabe von 21 Pfg. für das Wagenkilometer allerdings trotz des von Schwartau zugestandenen Garantiebetrages noch mit einem Fehlbetrage von annähernd 4000 Mk. zu rechnen sein, auf der anderen Seite aber wird zu bedenken sein, daß die Erleichterung des Verkehrs mit dem stark bewohnten Orte Schwartau und seinem Nachbarorte Rensefeld für das geschäftliche Leben Lübecks von so großer Bedeutung ist, daß dieser unerhebliche Verlust getragen werden kann, zumal auch umfangreiches Staatsareal durch den Bau der Bahn an Wert gewinnt.

Die Flieger in Lübeck. Nachdem gestern morgen vier der kühnen Piloten der Luft, die am deutschen Rundflug teilnehmen, nach prächtigem Fluge hier angekommen und nach kurzem Aufenthalte weitergefahren waren, traf, wie bereits berichtet, im Laufe des Vormittags nach überwindung größerer Schwierigkeiten König mit seinem Zweidecker hier ein. König setzte abends gegen 7 Uhr die Fahrt nach Lüneburg fort, mußte aber infolge widriger Winde schon bei Krummesse landen und die Weiterfahrt aufgeben. Flieger und Apparat blieben erfreulicherweise unbeschädigt.

Gestern abend gegen 6 Uhr verkündeten wiederum Böllerschüsse, daß Teilnehmer des deutschen Rundfluges von Kiel aus die Luftreise angetreten hatten. Winceziers war mit seinem Moram-Eindecker aufgestiegen. Bald hörte man denn auch aus der Ferne das Brummen des Motors und am Horizont erschien, von einem zahlreichen Publikum lebhaft begrüßt, der Flieger. Die ganze Fahrt hatte nur 46 Minuten gedauert. Leider ging die Landung nicht glatt von statten. Der Apparat wurde, als er nach hübscher Schleifenfahrt den Boden berührte, von einem Windstoß auf die Seite gelegt, wodurch der rechte Flügel an der Basis zertrümmert und der Propeller beschädigt wurde. Winceziers selbst blieb glücklicherweise unverletzt. Die Flugmaschine wird schleunigst repariert werden.

Um 8 Uhr 3 Minuten landete Dr. Wittenstein, der um 7 Uhr 10 Minuten in Kiel aufgestiegen war. Endlich, 8 Uhr 36 Minuten kam als letzter gestern Schauenburg nach mancherlei Mißhelligkeiten, die mehrere Zwischenlandungen notwendig machten, auf dem Exerzierplatz an. Die beiden letzten Flieger beabsichtigten, heute früh die Weiterfahrt anzutreten. Dem hier bisher nie gesehenen interessanten Schauspiele wohnte eine riesige, nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge bei. Wozu jedoch neben dem Militär noch das zahllose Schutzmannsaufgebot notwendig war, wird mit uns wohl noch mancher andere nicht begreifen können.

Sieben Schläfer. Der 27. Juni, der Tag der Sieben Schläfer, spielt mit dem 24. Juni, dem Johannistage, heute im allgemeinen noch seine alte Rolle als Lostag weiter: dem Volksglauben nach soll es sechs oder sieben Wochen lang regnen, wenn es an einem der beiden Tage regnet. Diese Wetterregel ist nun gar nicht so ganz unrichtig, denn in der Tat setzt die große Sommerregenperiode fast stets zwischen dem längsten Tage und Ende Juni ein. Den Namen „Sieben Schläfer" trägt der 27. Juni nach der uralten Sieben-Schläfer-Legende, die besonders um die Mitte des ersten Jahrtausends in verschiedenen Lesarten auftrat und uns am vollkommensten von dem Syrer Mar Jacob, der im Jahre 519 Bischof von Sarug in Mesopotamien war, berichtet wird. In ungemein spannender Schilderung gibt Jacob in seiner 221. Homilie das wunderbare Schicksal der sieben Jünglinge wieder, die fast 200 Jahre lang in einer Höhle auf dem Berge Anchilus bei Ephesus geschlafen haben sollen, nämlich von der Regierungszeit des grausamen Christenverfolgers Kaisers Decius, d. h. von 251, bis zur Regierungszeit des frommen Kaisers Theodosius II. d. h. bis 446. Die sieben edlen Jünglinge, die durch den langen Schlaf vor dem Märtyrertod bewahrt blieben, obwohl sie Decius in der Höhle einmauern ließ, waren Söhne von Vornehmen der Stadt „und fest im Glauben an den Sohn Gottes, seine Leiden an ihrem Körper tragend"; ihre Namen lauten nach Mar Jacob: Achillides, Diomedes, Eugenius, Stephanus, Probatius, Sabbatius und Cyriacus.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 23. Juni, morgens 6 Uhr: Wasser 18½, Luft 15; morgens 10 Uhr: Wasser 19, Luft 24; mittags 12 Uhr: Wasser 19, Luft 26; abends 6 Uhr: Wasser 19½, Luft 22 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 600 männliche (darunter 3 Klassen mit 100 Schülern) und 500 weibliche Personen.

Die Turmuhr der Marienkirche, die vielen der Lübecker Einwohner für die Zeitbestimmung maßgebend ist, wird während einiger Tage nicht schlagen. Man muß sich solange schon auf andere Uhren verlassen.

pb. **Verhaftung.** Festgenommen wurde ein Sattlergeselle aus Königsberg, der bei einem hiesigen Trödler ein Paar halblange Stiefel gestohlen hat.

pb. **Diebstahl.** Am Morgen nach dem Waisenkinderfeste ist auf dem Festplatze ein 8 Meter langes und 4 Meter breites Zeltlaken abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Liebhaber billiger Fische.** In der Nacht vom 22. auf den 23. d. M. sind 30 Fischkörbe, die von den Fischern auf der Wakenitz ausgelegt worden sind, von Unbefugten gezogen und ihres Inhaltes beraubt worden. Der Tat dringend verdächtig sind zwei Männer und eine Frauensperson, die in der fraglichen Nacht in einem Boote auf der Wakenitz gesehen worden sind. Die Geschädigten setzen eine Belohnung von 20 Mk. für denjenigen aus, der die Fischdiebe derart nahmhaft macht, daß sie zur Bestrafung gebracht werden können. Wer sachdienliche Angaben machen kann, wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 22. ds. Mts. gegen 1 Uhr nachmittags ist vom Flur des Hauses Beckergrube 48 ein Fahrrad, Marke „Superior", mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 13648 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Das vordere Schutzblech ist zusammengenietet.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Die so glänzend verlaufene Aufführung von „Der Zigeunerbaron", die allen Mitwirkenden, in erster Linie Herrn Goebel, reichen Beifall erbrachte, wird morgen wiederholt, gleichzeitig das letzte Auftreten des beliebten Sängers. Die Vorstellung wird mit J. Schnitzlers „Das Abschiedssouper" eingeleitet. — Am Montag findet als Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen die letzte Aufführung von „Der Veilchenfresser" statt. Der Beginn ist präzise 8 Uhr, damit den auswärtigen Besuchern Gelegenheit gegeben ist, die Abendzüge rechtzeitig zu erreichen.

Hamburg. Die Altonaer Polizei vor Gericht. Am Mittwoch gelangte vor der Strafkammer II des Landgerichts Hamburg ein Beleidigungsprozeß gegen Genossen Köpke vom „Hamburger Echo" zur Verhandlung, in der recht tief in gewisse Polizeipraktiken hineingeleuchtet wurde. Seit Jahresfrist hatten sich im Altonaer Polizeibetriebe Übergriffe und Verfehlungen seitens einer Anzahl von Polizeiorganen gehäuft. Schon vorher hatte selbst der Polizeichef von Altona, Senator Doktor Rosenkranz, auf dem schleswig-holsteinischen Städtetag bei Begründung seines Antrages auf Errichtung einer Altonaer Polizeischule lebhafte Klagen über das minderwertige Angebot zum Schutzmannsdienst geführt, ein Beweis dafür, daß es recht faul damit bestellt sein muß. Am 3. November 1910 teilte das „Hamburger Echo" unter der Überschrift „Zeugenaussagen von Polizisten" einen recht tollen Polizistenstreich aus Altona mit. Nach bekanntem Muster war ein Mann, der sich über einen Transport durch einen Polizeibeamten empört und deshalb eine Beschwerde bei der Polizei eingereicht hatte, in den Anklagezustand versetzt worden auf Grund von Angaben des — transportierenden Schutzmanns. Der Mann ist aber von beiden Instanzen freigesprochen worden unter Belastung der Staatskasse mit sämtlichen Kosten, einschließlich der persönlichen Auslagen und der Kosten der Verteidigung, weil sogar ein anderer Polizeibeamter der Wahrheit die Ehre geben mußte. Diesen Vorgang schilderte die „Echo"-Notiz, in deren Einleitung von der „Unverschämtheit unserer Polizei" (die Notiz stand im Altonaer Teil) gesprochen wurde. Ferner spricht die Notiz von dem „alten Kniff", unbequeme Beschwerdeführer mit einem Strafmandat zu beglücken. Durch diese Notiz fühlte sich das Polizeiamt zu Altona aus § 185 und der betreffende Polizeibeamte namens Ehrich aus § 186 beleidigt. Die Beweisaufnahme gestaltete sich vernichtend für unterschiedliche Polizeibeamte. Ehrich wurde glatt fallen gelassen. Rechtsanwalt Dr. Jonas führte aus, man greife auf Grund von Angaben untergeordneter Polizeiorgane oft zu dem Mittel, unbequeme Leute als Zeugen auszuschalten, indem man sie wegen Widerstandes usw. in Anklagezustand versetze oder sie mit Strafmandaten beglücke. In letzter Zeit sei ein Altonaer Polizist wegen unglaublicher Leichenräuberei zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, ein anderer sei wegen Zuhälterei geflüchtet, ein dritter habe einen jungen Mann, Sohn eines Kaufmannes, mißhandelt, habe zunächst alles abgestritten und als er, Zeuge, gegen ihn einen Zivilprozeß auf Zahlung eines Schmerzensgeldes anstrengte, habe er den ihm zugeschobenen Eid verweigert. Der Staatsanwalt ließ den Verleumdungsparagraphen fallen und beantragte wegen des „Generalisierens" aus § 185 zwei Monate Gefängnis. — Das Gericht erkannte gegen Köpke wegen formaler Beleidigung auf eine Geldstrafe von 500 Mk. oder 50 Tage Gefängnis. Wenn auch verschiedene Übergriffe hier unter Beweis gestellt worden seien, so gehe doch aus der Form die Absicht der Beleidigung hervor. Ein solches Generalisieren sei unstatthaft.

Hamburg. Von einem Automobil getötet. Ein entsetzlicher Unglücksfall, bei dem ein Mann ums Leben kam, ereignete sich am Donnerstag abend in der Lübecker Straße gegenüber der Polizeiwache. Dort wollte eine Frau den Fahrdamm kreuzen, als ein Automobil heranfuhr. Um ein Unglück zu verhüten, brachte der Chauffeur sein Fahrzeug in eine andere Richtung. Die Wendung des Steuers schien aber zu scharf gewesen zu sein, denn das Auto lief aus dem Steuer, so daß der Chauffeur die Gewalt über das Fahrzeug verlor und das Automobil auf den Bürgersteig rannte. Dort drängte es den am Eilbecker Weg 22 wohnenden Zimmermann August Kluth gegen einen Baum. Kluth starb auf der Stelle. Die Leiche kam in die Leichenhalle.

Harburg. Harburg ist wieder einmal gerettet! Die Bevölkerung Harburgs hat in einer furchtbaren Gefahr geschwebt, die dank des „hochwohlweisen Waltens" der Polizei noch im letzten Augenblick glücklich abgewendet ist. In Harburg sollte nämlich der Genosse Brezina aus Wien, der, vom Internationalen Textilarbeiter-Kongreß in Amsterdam kommend, sich hier auf der Durchreise befindet, in einer Betriebsversammlung der Jutearbeiter und -arbeiterinnen sprechen. Und zwar über das staatsgefährliche Thema: „Die Ziele und Vorteile der internationalen Verbrüderung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen." Das mußte schleunigst verhütet werden und so stellte denn die Polizei dem gefährlichen Menschen folgenden Ausweisungsbefehl zu:

Polizei-Direktion Harburg.

Harburg (Elbe), 22. Juni 1911.

Es wird Ihnen hierdurch eröffnet, daß Sie als lästiger Ausländer aus dem Gebiete des Preußischen Staates ausgewiesen werden.

Auf Grund des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird Ihnen hierdurch unter Androhung einer Geldstrafe bis zu 150 Mk., an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haft bis zu zwei Wochen tritt, aufgegeben, das Preußische Staatsgebiet sofort zu verlassen.

Im Falle unerlaubter Rückkehr haben Sie nach § 361² des Strafgesetzbuches Haftstrafe bis zu sechs Wochen zu gewärtigen.

In Bremen und Delmenhorst hat Genosse Brezina ungehindert sprechen können, ja selbst in Hemelingen, das doch auch preußisch ist. Und alle drei Orte stehen noch. Aber so ist es ja immer noch gewesen, die Harburger Polizei mußte immer den Vogel abschießen. In diese Krähwinkelei paßt es auch vortrefflich hinein, daß ein Polizist den Genossen Brezina solange im Auge behielt, bis er im Zuge saß. Nun können Harburgs Bürger wieder ruhig die Zipfelmütze über die Ohren ziehen.

Vertrauet eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten!

Kiel. Vom deutschen Rundfluge. Am Donnerstag abend 9 Uhr fand die Kieler Flugwoche ihr Ende, nicht ohne daß zuvor noch die zahllosen Zuschauer durch ein drohendes furchtbares Unglück in Angst und Schrecken versetzt wurden. Als um 9 Uhr die rote Wimpel eingeholt und damit das Ende der Flugwoche angezeigt war, befand sich noch der Flieger Schall in der Luft. Zehntausende von Augen sind auf ihn gerichtet. Da ruft in der Nähe der Sporttribüne jemand: „Der Propeller steht ja!" Und richtig. Fast senkrecht steht der Propeller still und die Maschine muß zur Erde. „Jetzt muß er im Gleitfluge herunter," heißt es von neuem. Die Gefahr des Fliegers, im ersten Augenblick nur von wenigen erkannt, wird mit einem Schlage der Menge offenbar. Man sieht den Apparat schon fallen. Wohin er gehen wird, niemand weiß es. Es folgen furchtbare Augenblicke für alle, die es sahen. Das Kopfstück des Flugzeuges senkt sich und das Schwanzstück steht hoch in der Luft, etwa in einem Winkel von 45 Grad. So stürzt der Apparat herunter. Alles fühlt, es gibt ein furchtbares Unglück, alles hält den kühnen Flieger für verloren und blitzartig schießt es tausend Menschen durch den Kopf, daß der Abschluß der Kieler Flugwoche furchtbar sein werde. Aus einer Höhe von 150 Metern stürzt der schlanke Eindecker bis auf 20 oder 10 Meter herab. Dann, als alle den Flieger für verloren halten und viele schon die Blicke abwenden, hat der kühne Pilot das Höhensteuer umgelegt. Von neuem hebt sich, gewissermaßen in der letzten Sekunde, der Kopf des Flugzeuges. Der befürchtete Aufprall tritt nicht ein. Zwar sinkt der Apparat schnell, aber doch wagerecht zur Erde und der Flieger ist gerettet. Ein einziger freudiger Aufschrei geht durch die Tausende, die in atemloser Spannung den Vorfall beobachteten.

Itzehoe. Stadtverordnetenwahl. Unter reger Beteiligung fand hier gestern die Wahl von drei Stadtverordneten statt. Gewählt wurden die Kandidaten des alten Bürgervereins Bäckermeister Karl Jürß mit 303, Rentier Johs. Nissen mit 304 und Klempnermeister H. Knobbe mit 307 Stimmen. Die Kandidaten des neuen Vereins von 1911 erhielten je 127 Stimmen, während die sozialdemokratischen Kandidaten je 157 Stimmen auf sich vereinigten.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit", Heft 38.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten".**

Käse-Lager Schlumacherstr. 12.
Tilsiter Fettkäse Pfd. 20 Pfg.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

St. Lorenz erstes und ältestes
Motor- und Fahrradhaus.
Neue und alte Fahrräder
in großer Auswahl.
Eigene Emaillier- u. Vernickelungs-Anstalt. Größte Reparaturwerkst.
H. Benthien
Fackenburger Allee 53.
Fernruf 2058.

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.
Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Zigarren
en gros u. en detail
reelle u. gute Ware
empfiehlt
Heinr. Hagelstein
Königstrasse 85
Inhaber: Wilhelm Piquardt.

Goldene und silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Aegidienstr. 35.

Jede sparsame Hausfrau
bitten wir, unsern stets streichbaren Kunsthonig
Haidekönig
in grünen 1 Pfund-Kartons, Preis 40 Pfg., gütigst im eignen Interesse zu versuchen. Derselbe ist in den meisten Geschäften zu haben.
Lübecker Kunsthonig-Werke
Frehrs & Co.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr, 65 Pfg.

Neue Hafenfähre G.m.b.H.
Lübeck-Schwartau.
Linie Drehbrücke: Vorm. 8, 9.30, 11; nachm. von 1—9 Uhr halbstündl.
Linie Hüxterdamm: Vorm. 10 Uhr; nachm. 1.30, 2.45, 4.15, 6.15, 7.45 Uhr.

Gesangverein „Harmonie“
Eutin.
Außerordentliche
General-Versammlung
Dienstag, den 27. Juni 1911
abends 8½ Uhr
im Lokale P. Schröder.
Der Vorstand.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12.
Tilsiter Fettkäse Pfd. 20 Pfg.

Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg 6.

Kohlenarbeiter!
Sektions - Versammlung
am Montag, d. 26. Juni,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Unser heutiges Arbeitsverhältnis und unser Lohntarif.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Jeder Kollege muß in dieser wichtigen Versammlung erscheinen.
Der Vorstand.

Einsegel
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
F. Jenkel.

Neu-Lauerhof.
Heute Sonntag gr. Tanzkränzchen

Louisenlust.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Johs. Benn.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
Tanzkränzchen

Adlershorst.
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Zur alten Post, Moisling.
Großes Familien-Kränzchen
am Sonntag, dem 25. Juni 1911.
Hierzu ladet freundlichst ein
C. Hoyer.

Friedrichshof.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt frei.

Friedr.-Franz-Halle
Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.
L. Stamer.

Kaffeehaus Moisling.
Morgen Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.

Wakenitz-Bellevue.
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
Musik: Stadtkapelle.
H. Fürböter.

Hansa-Halle.
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
Ende 1 Uhr. Abonnement 50 Pfg.
J. Rieck.

Travestrand Moisling.
Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.
Abfahrt der Motorboote von der Obertrave aus nachmittags stündlich.
A. Henkel.

„Brennabor und Florett“-Fahrräder.
Viele Arbeiter bezeugen mir, daß sie mit meinen Rädern am besten und billigsten fahren. Bekannt kulante Bedienung und erleichterte Zahlungsbedingungen. Sämtliche Reparaturen und Ersatzteile. Schriftliche Garantie.
H. A. Hill Nachflgr., Walter Schmidt, Reparatur-Werkstatt, Johannisstraße 9.

Berliner
Volks-Zeitung
Täglich 2 Ausgaben
mit den Beiblättern:

ULK weltbekanntes, farbig illustriertes Witzblatt (8 Seiten)

Illustr. Familien-Zeitung
mit aktuellen Bildern, Romanen usw. (16 S.)

Illustr. Kinder-Zeitung
mit lustigen Bildern, Erzählung., Spielen (8 S.)

Tägl. Unterhaltungsblatt
m. Romanen u. Abhandlungen a. all. Gebieten

Man abonniert bei allen Postanstalten zum Preise von 90 Pfennig monatlich

Probenummern an jedermann kostenfrei von der Expedition Berlin SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49.

Mehr als 65000 Abonnenten.

Verband der Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Einladung zum
Stiftungsfest u. Fahnenweihe
am Sonntag, dem 25. Juni 1911,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 5 Uhr. — Ende 2 Uhr.
Preisschießen vormittags von 11—1 Uhr und nachmittags von 4—8 Uhr.
Eintritt für Herren 60 Pfennig, eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfennig, wofür Garderobe.
Das Komitee.

„Weisser Engel“
Ratzeburger Allee 29.
Tanz. Unterhaltungs-Musik.
Hierzu ladet ergebenst ein
Fritz Hildebrand, i. V.

Konzerthaus „Flora“.
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Waisen-Hof. Sonntag: TANZ.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12.
Tilsiter Fettkäse Pfd. 20 Pfg.

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Touren
am Sonntag, d. 25. Juni
nach Altona,
Abfahrt 4 Uhr morgens, Lindenplatz Fahrwart II.
Nach Selmsdorf,
Abfahrt 2 Uhr nachm., Burgtorbrücke Fahrwart I. Der Vorstand.

Großherzog zum Mecklenburg
Gr. Burgstraße 11.
Unterhaltungs-Musik.
Kalte und warme Küche zu jeder Tageszeit.
Bedienung durch
August den Gemütlichen.
Chr. Wien

Geflügelzucht-Verein St. Lorenz
Zu dem Sonntag, den 25. Juni stattfindenden
BALL
im Lokale des Herrn D. Schlicker, Herrnburg
ladet freundlichst ein
Der Vorstand. Gastw. D. Schlicker.

Brauerei Fackenburg.
Morgen Sonntag:
Großes Sommerfest
Konzert und Sommernachtsball
Preiskegeln, Preisschießen.
U. a. Zithervorträge, Schuhplattlertanz.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pfg.
Programm gratis.

Arbeiter-Turn-Verein, Lübeck.
Einladung zum
BALL
(Sommerfest)
am Sonntag, 2. Juli 1911,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., einz. Dame 20 Pfg. wofür Garderobe.
Das Komitee.

Konzerthaus
Zauberflöte.
Schüsselbuden 4.
Täglich Konzert
Slowenische Tamburitza-Damen-Kapelle „Srinsky“
5 Damen, 2 Herren.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt gänzlich frei.

Stadthallentheater.
Sonntag 7 Uhr. 27. Abon.-Vorst.
Letztes Gastspiel Ed. Goebel.
Der Zigeunerbaron.
Barinkay — — — — Ed. Goebel.
Zu Anfang: Das Abschiedssouper.
Montag 8 Uhr. Außer Abonn.
Fremden-Vorstellung. Logen und 1. Parkett 75 Pfg., alle übrigen Plätze 50 Pfg.
Der Veilchenfresser

Käse-Lager Schlumacherstr. 12.
Tilsiter Fettkäse Pfd. 20 Pfg.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 145. Sonnabend, den 24. Juni 1911. 18. Jahrg.

Marx und die Gewerkschaften.

Zum Gewerkschaftskongreß.

Ein denkwürdiger Tag ist es, an dem die erwählten Vertreter der über zwei Millionen freiorganisierter deutscher Arbeiter in Dresden zusammenkommen um zu raten und zu taten über die Wege und Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Es war am 26. Juni vor 46 Jahren, 1865, da hielt Marx seinen berühmt gewordenen Vortrag über die Berechtigung und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Lohnforderung vor den Führern der jungen Internationale.

In St. Martins Hall in London war die Internationale Arbeiterassociation Herbst 1864 gegründet worden, die erste geschichtliche Form der europäischen Arbeiterbewegung lebte!

Ein englischer Trade Unionist, also ein Gewerkschaftler war es, der die Resolution einbrachte: „. . . so akzeptieren wir . . . die Grundlage einer internationalen Vereinigung". Im Gründungskomitee saßen außer zahlreichen Trade-Unionisten, Odger, Howell, Eccarius, Osborne, Lucraft, meist Vertreter des Auslandes, wie Bosquet, Major Wolff und — ihn nennt die über die Versammlung berichtende Zeitung zuletzt — Dr. Marx.

Alle Tore hatte die Internationale allen Richtungen der Arbeiterdemokraten geöffnet, und nun handelte es sich bald darum, über die wichtigsten Fragen des Befreiungskampfes der Arbeiter Verständigung und womöglich Übereinstimmung zu erzielen. Leicht war dies nicht. Die junge und erste internationale Arbeiterbewegung hatte ja alle nach oben ringenden Bestrebungen, soweit sie auf eine Befreiung des Proletariats hinausgingen, zusammenzufassen. Die Männer jener Zeit schildern uns, welche Geduld, wieviel Mühe und was für Sorgen die Häupter der Internationale und vor allen Karl Marx damit auf sich genommen hatten.

Gewerkschafter und Genossenschafter, unter beiden wiederum die Vertreter verschiedenster Organisationsformen und Betriebssysteme, standen sich schroff gegenüber, dazu kamen dann aber noch die damals so zahlreichen utopistischen Schwärmer, die Zukunftsstaatsvorschläge jagten sich, Tauschbanken und Arbeitsgeld, reformierter Owenismus, und Vorproudhonismus, alles mußte den einen Weg gehen.

So gab es im Generalrat lange und ermüdende Debatten. Es galt ja die 50 Mitglieder, von denen die Hälfte Engländer, zumeist Trade Unionisten, 10 Deutsche, 9 Franzosen, 6 Italiener, 2 Polen und 2 Schweizer waren, zu der gewaltigen Waffe aus einem Guß zu machen, die die Befreiung der Arbeiter auf realem Wege durchzuführen hatte.

Unter solchen Umständen galt es mitunter gründlich zuzupacken, aber es kam auch darauf an, im anderen Falle zu überzeugen. Der Vortrag, den Karl Marx am 26. Juni 1865 im Generalrat der „Internationale" hielt — er ist durch Genossen Bernstein übersetzt im Verlag unseres Frankfurter Parteiorganes unter dem Titel „Lohn, Preis und Profit" neuherausgegeben — galt dem Beweise, daß die Gewerkschaften auf rechtem Wege sind, wenn sie streiken, um Lohnforderungen durchzusetzen. Im besonderen war es John Weston, ein Sozialist aus der Schule Owens, oder, vielleicht besser, der Nach-Owenites, der Schwärmer für Tauschbanken, Arbeitsgeld und dergleichen, der dies bestritt. Aus deren Gesichtspunkten heraus wollte er von Streiks für Lohnerhöhungen nichts wissen. Dabei wurde von ihm und seinen Anhängern so argumentiert, daß die Streiks ja nicht „das Übel an der Wurzel" anfaßten und außerdem produktionsverteuernd wirkten. Man sieht, was heute die bürgerliche Presse als nationalökonomisch-professorale Weisheitseier jüngster Legung ausposaunt, das dachten ungeschulte Anhänger der Internationale vor bald fünfzig Jahren. Womit nur für die strebenden Köpfe von damals gelobt sein können.

Kurz, Westen und seiner Anschauung tritt Marx entgegen, zugleich Diplomat, der dem Gegner seine Schwächen unerbittlich zeigt, aber doch dem Menschen gerecht wird; und Marx siegte im Generalrat. Seine Mehrheit war es, die auf dem nächsten Kongreß der Internationale, als es galt, das Programm statutarisch festzulegen, die Anträge über Gewerkschaftswesen, Streiks usw. einbrachten.

Die Zeit, in welcher Marx diesen Vortrag hielt, war seine fruchtberste. Im Jahre 1859 war die Kritik der politischen Ökonomie erschienen, 1867 kam der erste Band des Kapitals heraus. Der Vortrag ist so gewissermaßen ein Blick in die Werkstatt, wo das Kapital geschmiedet wurde, in welcher die Fasern des intellektuellen Verstehens des Kapitalismus zusammenliefen.

Sicher ist seitdem vieles anders geworden, und die Vorwürfe, welche Marx gegen die Gewerkschaften richtet, welche vergessen, das ganze System zu bekämpfen, treffen heute für die freien Gewerkschaften nicht mehr zu. Auch sonst ist wohl in dem Vortrag manches durch die Zeiten überholt, so weit auch Marx voraus sah. Aber trotzdem: lapidar bleiben die Sätze bestehen:

„Diese wenigen Andeutungen werden genügen, um zu zeigen, daß gerade die Entwickelung der modernen Industrie allmählich die Wage zugunsten des Kapitalisten gegen den Arbeiter senken muß, und daß folglich die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion nicht dahin geht, den durchschnittlichen Normallohn zu heben, sondern ihn zu senken, das heißt, den Wert der Arbeit mehr oder weniger auf seine Minimumgrenze zu drücken.

Wenn aber die Dinge in diesem System die Tendenz haben, heißt dies, daß die Arbeiterklasse ihren Widerstand gegen die Übergriffe des Kapitals aufgeben und von den Versuchen abstehen soll, die gelegentlichen Möglichkeiten zeitweiliger Verbesserungen bestens auszunutzen? Täte sie dies, so würde sie zu einer unterschiedslosen Masse rettungslos zusammengebrochener Hungerleider herabgedrückt werden.

Ich glaube gezeigt zu haben, daß ihre Kämpfe um Normallöhne von dem ganzen Lohnsystem untrennbare Vorgänge sind, daß ihre Bemühungen, die Löhne zu heben, in neunundneunzig von hundert Fällen nur Bemühungen sind, den gegebenen Wert der Arbeit aufrecht zu erhalten, und daß die Notwendigkeit, mit dem Kapitalisten um deren Preis zu streiten, in ihrer Lage begründet ist, die sie nötigt, sich selbst als Ware zu verkaufen.

Würde sie in ihren täglichen Konflikten mit dem Kapital feige nachgeben, so würde sie sich sicherlich selbst der Fähigkeit berauben, irgend eine größere Bewegung zu unternehmen.

Wir sagten schon einmal, hätte Karl Marx nicht nur zu dem Bürger Weston und den Trade Unionisten von 1864, sondern auch zu den 2 150 000 deutschen Gewerkschaftlern sprechen können, seine Worte wären sicherlich noch anders ausgefallen, aber das eine und Große bleibt trotzdem bestehen, wenn es auch bald vor einem halben Jahrhundert gesprochen worden sein wird: Nur der wird reif zum Befreiungskampf, der täglich sich zu wehren weiß!

Die alte Internationale fiel als tote Hülle auseinander, als sie ihren Zweck erfüllt hatte, und die neue stieg herauf, größer und mächtiger als je.

Engels mußte bitter klagend am 15. März 1883 an den treuen Sorge nach Amerika schreiben: „Die Menschheit ist um einen Kopf kürzer gemacht, und zwar um den bedeutendsten Kopf, den sie heutzutage hatte."

Trotzdem, die Arbeiterbewegung ist weiter geschritten, und das, was ein Marx nur vorausfühlen und erkennen konnte, was die ihm folgende Internationale in den siebziger Jahren nur säen konnte, es ist groß und gewaltig zur Wahrheit geworden.

Die deutsche freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat es verstanden, den Kampf um den Lohn zu führen, sie hat gelernt, dem Arbeiter Licht und Luft zu schaffen. Lange, lange noch nicht genug, immer weiter, höher hinauf, gewaltiger und schöner muß es noch werden, der jetzt in Dresden tagende Gewerkschaftskongreß wird sich seiner Pflicht bewußt sein und zu seinem Teile wie immer mitschmieden an der neuen Zeit.

Aus der Partei.

Vom Strafvollzug gegen sozialdemokratische Redakteure. Unserm Genossen Dahl, Redakteur der Erfurter „Tribüne", war bei seiner letzten Gefängnisstrafe von sechs Wochen die wiederholt beantragte Selbstbeschäftigung verweigert worden; er wurde mit dem Stanzen von Etiketten beschäftigt. Am 13. Juni hatte Genosse Dahl eine Gefängnisstrafe von drei Monaten anzutreten; vor Antritt der Strafe wurde ihm eröffnet, die Gefängnisverwaltung sei mit drei Verlagsgeschäften in Verbindung getreten, die sich bereit erklärt hätten, Arbeiten von schriftstellerisch beschäftigten Gefangenen anzunehmen. Auf besondere Anfrage erklärten aber die drei Geschäfte, für die von Dahl gewählten Arbeiten „keine Verwendung" zu haben. Am 20. Juni hat Dahl nun aber doch noch die Erlaubnis zur Selbstbeschäftigung erhalten. Die Wandlung ist unmittelbar auf die Kritik des Strafvollzuges im preußischen Abgeordnetenhause zurückzuführen.

„Umstürzlerisches" aus Württemberg. Aus Bittersfeld wurde kürzlich berichtet, daß die Polizei die Abhaltung eines Bezirks-Sängerfestes des Arbeiter-Sängerbundes auf der städtischen Wiese verboten habe, „weil zu diesem Fest auch Sänger aus solchen Orten kommen könnten, in denen die Anhänger der Sozialdemokratie mit der Polizei nicht in Frieden leben können." Dieses echt preußische Verhalten wird trefflich illustriert durch die Gegenüberstellung des korrekten Verhaltens, das württembergische Behörden bei dem im Juli in Eßlingen stattfindenden württembergischen Arbeitersängerfest beobachteten. Der Oberbürgermeister der über 30 000 Einwohner zählenden alten Reichsstadt erläßt namens der Stadt in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden des Eßlinger sozialdemokratischen Vereins einen öffentlichen Aufruf an die Einwohnerschaft, in der diese um Beschaffung der notwendigen 1300 Privatquartiere für die Arbeitersänger gebeten wird. Die ganze Organisation der Quartierfürsorge ist vom Sekretariat des Stadtschultheißenamtes übernommen worden. Die Stadt Eßlingen stellt der

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(88. Fortsetzung.)

Und Hedwig ist auch nicht mehr das reine Kind, wie wir es im einundsechzigsten Kapitel angedeutet. Schon damals, wo sie einen so kühnen Schritt wagte, dem namenlosen Geiger ihres Tanzmeisters heimlich ein Geschenk von eigener Hände Arbeit zuzustecken, hatte sie mit diesem Schritte einen bedenklichen Übergang aus der Unschuld ätherischer Träume in die Gefahr der Wirklichkeit getan. Länger als ein halbes Jahr hatte sie Zeit gehabt, die freudlosen Tage, die ihr an der Seite eines vereinsamten, lebensmüden Vaters dahinschlichen, mit Antons Bilde auszufüllen. Nun war er selbst gekommen, und alles war gekommen, wie wir's gelesen haben; — dürfen wir uns wundern, wenn wir den vierundzwanzigjährigen Lehrer zu den Füßen seiner sechzehnjährigen Schülerin kniend finden, ihr gestehend, daß er durch sie erst wahre Liebe kennen lernte; daß er nur sie im Herzen trage, seitdem er sie gesehen, daß er ohne sie nicht weiter leben wolle; und wie denn alle jene stets wiederkehrenden Versicherungen lauten, die der Dumme dumm, der Kluge manchmal noch dümmer, der Liebenswürdige mit Anmut, der Plumpe tölpelhaft, der Gute ehrlich, der Hinterlistige schlau, jeder auf seine Weise vorbringt, ohne daß ein besonderer Unterschied bei einem oder dem anderen zu bemerken wäre.

Der erste Kniefall wurde mit gebührendem Entsetzen ab- und zurückgewiesen. Eine stumme Gebärde deutete mit beredter Drohung nach des Vaters Krankenzimmer und legte dem Sprachlustigen Schweigen auf. Man trennte sich kalt, verstimmt.

Der zweite Kniefall war von stummen Handküssen begleitet. Er brachte schon nicht mehr die abschreckende Wirkung von gestern hervor.

Der dritte ging in eine Umarmung über, die ursprünglich bestimmt gewesen war, ein trotziges Losreißen, Aufspringen, Entfliehen zu werden, die aber den armen Kindern unter den Händen umschlug.

Nun war es aus! Vorbei mit Antons Bescheidenheit, vorbei mit Hedwigs Zurückhaltung. Sie kam vom Schmerzenslager des Vaters, er vom Sterbebett der kranken Frau; beide gerührt, ergriffen, erregt durch den Anblick des bittersten Leidens, beide aus düsteren Krankengemächern in ein kleines, freundliches Stübchen, wo sie aufatmeten, Herz an Herz.

Ach, sie fragten sich nicht mehr, was aus ihnen und ihrer Liebe werden solle. Sie behielten nur Sinn für das, was sie sich waren. Ihre Liebe blühte aus den traurigsten, bedrückenden Umgebungen ihres Daseins empor, wie eine weiße, strahlende Wasserlilie auf trübem Sumpfe. Und wenn die französische Zunge dienlich gewesen, ihnen fortzuhelfen über die peinliche Verlegenheit der ersten Geständnisse, so konnte sie doch nicht mehr ausreichen für das Bedürfnis der Seelen, die sich sehnten, ineinander aufzugehen, eine Seele zu werden. Nein, sie sprachen deutsch miteinander. Die Laute der teuren Muttersprache mußten ihnen verkünden, was eines für das andere fühlte. „Ich liebe dich!" hieß ihr Losungswort. Und an dieses knüpfte sich eine Fülle anderer Worte, reich an Wohllaut und Kraft, wie nur die Liebe sie erfindet, die aber arm und kalt klingen, wenn eine Feder sie nachschreiben will.

„Sie stirbt; weiß Gott, sie stirbt! Sie will ihn noch einmal sehen; ist er hier?" Dieser furchtbare Ausruf schreckte eines Tages die Glücklichen auseinander. Mit wahnsinnigen Blicken eines aus seinem Taumel aufgestörten Trunkenboldes polterte der greise Puppenspieler durch die eine Tür ins Zimmer. Anton, Hedwig in seinen Armen haltend, fuhr auf und sah jetzt erst, daß auch die andere Tür offen stand. In seinen Soldatenmantel gehüllt, einen Säbel in der Rechten, schwankte der Rittmeister herein. Er hatte unbemerkt das Gespräch der Liebenden belauscht.

„Elender," schrie er, den Säbel zückend, nach Anton gewendet, „Verräter, Verführer! Du verdienst den Tod; doch verdienst Du nicht von der Hand eines Braven zu sterben. Und Du, Hedwig, wähle: Du ziehst mit ihm und hast keinen Vater mehr! Oder Du folgst mir, kehrst ihm den Rücken, und er betritt nimmer diese Schwelle!"

Hedwig wand sich schweigend aus Antons Armen und neigte sich demütig vor ihrem Vater.

Anton folgte dem Puppenspieler.

Fünfundsechzigstes Kapitel.

Es war, wie Dreher gesagt; die kranke Frau lag im Sterben. Sie streckte sehnsüchtig beide Hände ihm entgegen, da er eintrat. „Zürne mir nicht, daß die kalte Hand des Todes Dich wegruft aus dem Arm der Liebe, guter Anton! Von ihr gesegnet, wirst Du glücklicher in jenen zurückkehren".

„Nie mehr!" erwiderte Anton.

Er wollte nichts weiter sagen, doch drang die Leidende in ihn, wörtlich zu erzählen, was vorgefallen sei. „Ich werde", sprach sie, „den Tod so lange noch zurückdrängen; ich will so lange leben. Rede!"

Nachdem Anton den letzten Auftritt zwischen ihm und Hedwigs Vater in wenig Worten geschildert, richtete sich die Sterbende empor:

„Verzweifle dennoch nicht! Bleibe ihr treu und hoffe: Rat und Hilfe zeigt Dir mein Testament. Und nun keinen Abschied, keine Schwäche mehr: ich will stark sein im Tode; sei Du's im Leben! Wenn ich kalt bin, streife diesen Ring von meinem Finger und trage ihn, bis Du Dich mit Hedwig verbindest. Dann mag sie ihn tragen. Denn sie wird Deine Gattin, Anton! obgleich Du Dich von diesem Ort entfernen mußt, sobald ich begraben bin, — ich, und jener da, der mir bald folgen wird. Siehst Du, wie stumpf und verloren er vor sich hinbrütet? Gönne ihm für seine letzten Stunden mitleidige Fürsorge; um meinetwillen! Was ich für Dich niedergeschrieben . . . liegt in einem hölzernen Koffer . . . . noch andere Papiere dabei, die für Dich von Wichtigkeit sind . . . gib mir die Hand . . . ich danke Dir! Ich segne Dich! Fluche nicht Deiner . . ."

Sie schwieg. Anton beugte sich zu ihrem Munde, um weiter zu hören. Sie redete nichts mehr. Immer fester umschloß sie mit ihren zuckenden Fingern seine Hand; — immer schwächer wurden ihre Atemzüge; . . . noch ein tiefer, wehklagender Seufzer . . .

Und er löste seine Finger aus denen des Leichnams, mit denen sie sich verschlungen hatten, trat von der Seite zu Füßen des Lagers, blickte das verfallene Angesicht teilnehmend an . . . und wie ein Zauber schien ihm jetzt erst aus den Zügen, welche der letzte Augenblick umgewandelt, die Erinnerung aufzudämmern, daß er diese Frau gekannt habe, früher schon, ehe er noch den Puppenspieler aufgesucht! Dieses Antlitz mahnte ihn an Paris! Nur daß die Krankheit mit ihren Qualen es bis zur Unkenntlichkeit entstellt, nur daß der Tod mit seiner Versöhnung es wieder kenntlich gemacht: ja, die Gesuchte, Erwartete, Verheißene lag vor ihm; es war die Carina!

Sogleich stürmte er, Hedwigs Vater, sogar Hedwig und die Trennung von ihr vergessend, mit Fragen in den armen Greis, der, von Gram und Trunk gebeugt, gleichgültig auf die Hülle der Gefährtin stierte. Dieser schüttelte nur das graue Haupt und brummte: „Sie ist hin; tot ist tot! Kein Kasperle mehr!"

Weiter war nichts herauszubringen.

Erst wollte Anton zornig werden über die tierische Stumpfheit des alten Menschen. Bald jedoch dachte er wieder an der Dahingeschiedenen Bitte, für die letzten Stunden dem Hilflosen mitleidige Fürsorge zu gönnen; er bezwang seinen Widerwillen und brachte den Puppenspieler zu Bett.

Arbeitersängerschaft ihren neuen Festplatz zur Einweihung zur Verfügung, die Stadtverwaltung will die Einwohnerschaft zur Beflaggung des Festorts auffordern und Oberbürgermeister Dr. Mühlberge hat sich bereit erklärt, eine der Festreden bei den roten Arbeitersängern zu übernehmen. Der Oberbürgermeister ist Mitglied der nationalliberalen Fraktion des württembergischen Landtages, als Oberbürgermeister aber auch Chef der städtischen Polizei. Dieser württembergische Vorgang scheint dafür zu sprechen, daß es eher an der Polizei als an den roten Sängern liegt, wenn beide miteinander nicht in Frieden leben können.

Aus dem finnischen Parteileben. Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Der Kongreß der finnischen Sozialdemokratie, der satzungsgemäß alle 3 Jahre abgehalten werden muß, wird im kommenden Herbst nach Helsingfors einberufen werden. Als wichtigste Verhandlungsgegenstände stehen auf der Tagesordnung des Kongresses folgende Fragen: Die Genossenschaftsbewegung und die Arbeiter, Die Jugendbewegung in der Sozialdemokratie, Die Programmfrage und Die Stellungnahme gegen die Reaktion. In unserem Zentralorgan „Työmies" tritt Genosse K. dafür ein, daß die Frage der Erweiterung der Rechte der russischen Staatsangehörigen in Finnland auf dem Kongreß nicht nur als ein Punkt der Berichterstattung der parlamentarischen Fraktion, sondern als besonderer Punkt behandelt würde. In Übereinstimmung mit der Fraktion solle der Kongreß sich dafür aussprechen, daß die Rechte der Russen auch folgende Punkte umfassen sollen: 1. Rede- und Preßfreiheit, 2. Vereins- und Versammlungsfreiheit, 3. Gewerbefreiheit, 4. Gleichberechtigung mit den Finnländern in den Gemeindeangelegenheiten. — Die angeführten Rechte sind den in Finnland lebenden Russen infolge der barbarischen Maßnahmen des Generalgouverneurs genommen. Die sozialdemokratischen Forderungen zeigen am deutlichsten, daß nicht die Regierung, sondern die finnischen Sozialdemokraten die wirkliche Gleichberechtigung der Russen anstreben.

Vom Seemannsstreik.

England. Am 14. zum 15. Juni wurde bekanntlich der Streik in allen englischen Häfen erklärt. In den darauf folgenden Tagen konnte der Streik noch nicht mit voller Wucht wirken, weil die Mehrzahl der Schiffe ihre Besatzung angemustert hatte, bevor der Streik erklärt war. Diese Mannschaften waren gezwungen, den unterzeichneten Heuervertrag einzuhalten. Deshalb waren am 16. und 17. d. M. erst wenige Schiffe von der Bewegung ergriffen, am 18. Juni begann jedoch der Streik richtig einzusetzen. Auf 200 Küstendampfern bewilligten die Reeder die volle Forderung von 35 Mk. pro Woche. Das bedeutet in vielen Fällen eine wöchentliche Erhöhung von 7 Mk. Die Mannschaften von über 200 Wochendampfern reichten am Sonnabend ihre Kündigung ein. Sobald diese Dampfer einlaufen, müssen sie liegen bleiben. Bis zum 19. Juni gelang es den Reedern, aus sämtlichen Häfen nur 10 Schiffe mit Streikbrechern besetzt auslaufen zu lassen. Einige von diesen Schiffen hatten unvollständige Besatzung an Bord und noch dazu unkundige Leute. Im Hafen von Southampton ist die Lage unverändert. Eine große Zahl Hafenarbeiter erklärte sich mit den Seeleuten solidarisch. In Dublin, wo die Seemannsunion keine Abteilung hat, übernehmen die Hafenarbeiter die Führung. Die großen Dampfer, die Wochendampfer, auf denen der Mannschaft die geforderten 35 Mk. pro Woche noch nicht bewilligt waren, wurden blockiert. Dadurch wird der ganze Verkehr zwischen Dublin und Liverpool, Glasgow und Dublin in Mitleidenschaft gezogen. An der Nordostküste von England ist die volle Heuererhöhung bewilligt worden. Schiffe, die nicht bewilligten, verblieben im Hafen. In Liverpool steht die Bewegung sehr gut. Die dortigen Gesellschaften verhandelten mit der Union und bewilligten eine Heuererhöhung von 10 Mk. pro Monat. In Bristol Channel warten viele Schiffe auf Besatzung. Gesiegt wurde in vielen Fällen, aber es zögern auch Schiffe mit der Abfahrt in der Erwartung, daß der Streik bald zusammenbrechen werde. Die Hafenarbeiter in Hull sind nicht organisiert, die Seeleute jedoch haben eine lokale Organisation, die etwa 800 Mitglieder zählt. Diese lokale Organisation stand dem Streik bisher ablehnend gegenüber. Die Mitglieder beschlossen, sich ebenfalls zu beteiligen, nachdem ein Vertreter der Union in diesem Sinne zu ihnen gesprochen hatte. In Manchester liegt ein Dutzend Schiffe still. Die Hafenarbeiter sind an der Bewegung stark beteiligt. In Southampton blockieren die Hafenarbeiter die Schiffe der nichtbewilligten Reeder. In London ist die Position sehr gut. Die Seeleute weigern sich, unter Livre 5,10 anzumustern. So war die Situation bis zum 19. Juni. Nach neueren Mitteilungen der englischen Organisationsleitung macht der Streik überall Fortschritte. Die Shipping Federation ist in arger Verlegenheit. Über 2000 Hafenarbeiter in Glasgow haben sich dem Streik angeschlossen. Die Eisenbahnarbeiter und die Mannschaften der großen Dampfer in Greenock, einem Hafen bei Glasgow, von wo die Reeder bisher Streikbrecher erhielten, sind ebenfalls ausständig. In Hull streiken alle Hafenarbeiter und Seeleute; in Goole desgleichen. In Southampton ist alles stillgelegt und jede Branche im Hafen ist am Kampf beteiligt. Etwa 1000 Hafenarbeiter in Liverpool, die auf den Küstendampfern beschäftigt sind, blockieren die Schiffe mit Streikbrecherbesatzung. Am Sonnabend haben die Fuhrleute und Hafenarbeiter dort eine Konferenz, um, wenn der Kampf dann noch nicht beendet sein sollte, über eine Teilnahme ihrerseits zu beschließen. In London ist jetzt jede Schiffahrtslinie vom Streik berührt und die Shipping Federation ist machtlos; sie kann ihre Leute nicht zurückhalten trotz ihres schändlichen Knebelungssystems. Zum Sonnabend erwartet man die Krisis, da es unmöglich erscheint, daß die englische Schiffahrt den gegenwärtigen Zustand länger ertragen kann.

Holland. In Amsterdam macht die Besetzung der Dampfer mit Streikbrechern große Schwierigkeiten. Trotzdem gelingt es einigen Dampfern, mit zweifelhaften Elementen notdürftig besetzt, den Hafen zu verlassen. Von den 27 deutschen Streikbrechern, die am Montag in Amsterdem von Hamburg aus ankamen, haben sich 12 geweigert, anzumustern. Die holländischen Mannschaften von den einlaufenden Schiffen schließen sich alle den Streikenden an. Die Zahl der Streikenden ist von einigen Hunderten bei Beginn des Streiks auf jetzt 500 gestiegen. Ein Solidaritätsstreik der Hafenarbeiter scheint unvermeidlich zu sein, doch hält der Hafenarbeiterverein „Recht en Pflicht" jetzt noch nicht den Augenblick für gekommen, den Streik zu proklamieren. In Rotterdam finden sich Streikbrecher von den Nord-Holländischen Eilanden an; auch werden Chinesen als Streikbrecher verwandt. Streikbrecheragenten sollen nach der Rheingegend unterwegs sein. Viele der Streikenden mustern auf englichen Schiffen, welche die Forderungen bewilligt haben, an und entlasten so die Organisation. Die Reeder hatten eine Konferenz und beschlossen, „die gestellten Forderungen nicht zu bewilligen und sich besonders gegen die Annahme des Arbeitsreglements zu wehren, wodurch die Autorität an Bord, nach Meinung der Reeder, von dem Kapitän auf die Vereinigung „Volharding" übergehen würde." Demnach scheinen gegen eine Heuererhöhung keine großen prinzipiellen Beschwerden zu bestehen.

Belgien. Die Situation in Antwerpen ist nicht allzu günstig, da es den Shippingmastern in vielen Fällen gelingt, für die Streikenden Ersatz zu schaffen. Augenblicklich streiken 600 Mann, wovon 400 dem belgischen Verband angehören, die übrigen den deutschen, englischen und dänischen Organisationen. Die Organisation rechnet nach Verlauf von zwei Wochen mit 1000 Streikenden.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Thermometer- und Glasinstrumentenarbeiter! In der Thermometer- und Glasinstrumentenfabrik von Keiner, Schramm u. Co. G. m. b. H. in Arlesberg in Thüringen stehen die Arbeiter in einer Lohnbewegung. Neben einer geringfügigen Lohnaufbesserung — die Arbeiter verlangen in der Hauptsache die ihnen bereits vor drei Jahren tariflich zugesicherten Löhne — wird eine sanitäre Änderung im Betriebe verlangt. Sofern die Fabrikleitung den Wünschen der Arbeiter nicht entgegenkommt, ist ein Streik unvermeidlich. In Betracht kommen etwa 30 Arbeiter.

Streik in der Steinindustrie in Münster in Westfalen. Die in den Grabsteinbetrieben und Werkstätten für innere Kircheneinrichtungen beschäftigten Steinmetzen sind ausständig. Von den Arbeitern war ein Tarifvertragsentwurf eingereicht worden, den die Unternehmer ablehnten, weil sie sich durch einen Vertrag nicht binden wollten. Die geforderten Löhne wollten sie bewilligen. Verhandlungen verliefen resultatlos.

Der Kampf um das Koalitionsrecht in der Seifenpulverfabrik von Dr. Thompson in Düsseldorf ist zugunsten der Arbeiter beendet. Die Firma hat die Organisation rückhaltlos anerkannt, sie bestreitet nach wie vor, daß überhaupt eine Maßregelung vorgelegen habe. Die fünf entlassenen Arbeiter werden nach Bedarf wieder eingestellt.

Lohnbewegung der Bäcker in Eßlingen. Die Bäckergehilfen unterbreiteten der Innung einen Tarifvertrag, der die Beseitigung der Kost beim Meister, einen wöchentlichen Mindestlohn von 19 Mk. und Bezahlung der Überstunden forderte. Von der Organisationsleitung der Gehilfen wurden den Meistern die Forderungen unterbreitet, die Innung hatte Unterhandlungen abgelehnt. Eine Volksversammlung beschloß nun, über diejenigen Bäckereien, die die Forderungen nicht anerkennen, den Boykott zu verhängen. In der Parteipresse wurde ein Aufruf von der Partei und dem Gewerkschaftskartell erlassen, in dem die Arbeiterschaft zur strikten Durchführung des Boykotts aufgefordert wird.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Lohgerber. In Schorndorf in Württemberg haben die Lohgerber ihren seit sieben Wochen dauernden Streik mit gutem Erfolge beendet. Die Stundenlöhne wurden durchschnittlich um 5 Pfg. erhöht, was einer Lohnerhöhung von 3 Mk. pro Woche gleichkommt. Auch bei den Akkordarbeiten wurden einige Erhöhungen der Preise erzielt. — In München erzielten die Lohgerber auf dem Verhandlungswege eine Erhöhung des Stundenlohnes um 8 Pfg., von 46 auf 54 Pfg. Die Arbeitszeit wurde von 59 auf 57 Stunden pro Woche verkürzt; an Sonnabenden ist um 4½ Uhr Arbeitsschluß. Außerdem wurden einige Akkordpreise aufgebessert. Den 10 Jahr im Betrieb beschäftigten Arbeitern wird ein Urlaub von drei Tagen gewährt.

Streik bei der Straßburger Straßenbahn. Im Mai wurden der Direktion der Straßenbahn in Straßburg von Organisationen der Depotarbeiter Forderungen unterbreitet. Es wurde eine Lohnerhöhung von 5 Prozent ab 1. Juli 1911 und eine weitere von 5 Prozent ab 1. Juli 1912, ferner Regelung der Nachtschicht verlangt. Der Durchschnittslohn beträgt gegenwärtig 4,05 Mk. pro Tag für gelernte Arbeiter und steht damit weit unter dem, den jeder Kleinmeister in Straßburg tariflich anerkannt hat und auch bezahlt. Trotz vieler Einigungsversuche der Arbeiter, lehnte die Direktion alles schroff ab. Am Montag, dem 19. Juni wurden darauf 127 von 156 Arbeitern ausständig, denen sich weitere 19 Mann aus einem Nebendepot anschlossen. Es handelt sich bei dem Streik um Metallarbeiter, Holzarbeiter und Lackierer. In zwei Versammlungen nahm nunmehr auch das Fahrpersonal der Straßenbahn zu der Lohnbewegung Stellung. Nach kurzer Debatte stellte sich das Fahrpersonal einmütig auf den Standpunkt, daß nicht nur die Löhne der Depotarbeiter, sondern auch die des Fahrpersonals (Löhne von kaum 100 Mk. pro Monat) den gestellten Anforderungen nicht entsprechen. Das Fahrpersonal verspricht Solidarität zu üben. Wenn es zwischen Direktion und Werkstättenarbeitern nicht zu einer Einigung kommt, ist der Streik des Fahrpersonals zu erwarten.

Soziales.

Mehr Bauarbeiterschutz. Jahr um Jahr beweisen die Bautenkontrollen, die von den Organisationen der Bauarbeiter ausgeführt werden, die unbedingte Notwendigkeit der Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen. So auch wieder die umfangreiche Kontrolle, die die Leipziger Bauarbeiterschutz-Kommission kürzlich auf 423 Bauten vornahm. Aus der Fülle der gefundenen Mißstände sei hier nur erwähnt: Auf 35 Bauten fehlte der Verbandskasten, Treppen, Podeste 2c. waren ohne Geländer auf 63 Bauten; Schutzgerüste für Dachdecker und Klempner fehlten auf 74, Schutzdächer für Kalkstößer auf 44 Bauten; Schutzgerüste beim Überhandmauern auf 66 Bauten; Balkenlagen, auf denen gearbeitet wurde, waren nicht völlig abgedeckt auf 80 Bauten; unter dem Gerüst, auf dem gearbeitet wurde, war kein belegtes Gerüst auf 65 Bauten; die Arbeiter waren nicht vor Absturz aus offenem Fenster geschützt auf 72 Bauten; Dachdecker und Klempner arbeiteten ohne Gurt und Leine auf 48 Bauten; die Baubude war nicht luft- und wasserdicht auf 138 Bauten; ohne Fenster waren sie auf 9, ohne verschließbare Tür auf 3 Bauten; in 35 Baubuden war kein Fußboden, in 159 keine Tische, in 148 keine Spucknäpfe, in 10 wurden Materialien aufbewahrt. Auf 304 Bauten fehlte Waschgelegenheit, auf 5 Bauten der Abort, in die man von außen hineinsehen konnte auf 12 Bauten; in 30 Aborten waren keine wasserdichten Tonnen, nicht gereinigt waren 18 Aborte. Auf vielen Bauten wurde von den Polieren der Zutritt verwehrt, der Polierverein habe so beschlossen. Ein Polier erklärte: „Ich habe hier einen Kalkträger, der sich über jeden Sch . . . dreck aufhält. Ich werde ihn mir vom Halse

---

Dann rief er Leute aus dem Hause herbei und traf Anstalten, wie sie in ein Totenzimmer gehören. Unterdessen war die Leiche kalt geworden. Er legte seine Hand auf ihre Stirn . . . „Desdemona!" sprach er, jenes Abends gedenkend, wo Theodor grausam genug die Feindseligkeiten wider eine gemißhandelte Sängerin neu hervorgerufen. „Desdemona, jetzt können sie Dir keine Schmach mehr zufügen; und er, Dein Gegner, ist auch dieser Welt der Feindschaft entrückt. Werden Eure Seelen sich begegnen in der Welt des ewigen Friedens?"

Er blieb nachdenklich bei der Leiche stehen, — nun fiel ihm wieder ein, daß er ihren Ring an sich nehmen solle, „wenn sie kalt sei", — mit leichter Mühe streifte er ihn vom abgemagerten Finger. Es war ein schwerer, doch einfacher goldener Reif, ohne jede Verzierung, außer einem Plättchen, welches sich öffnen ließ. Inwendig waren Lettern eingegraben. Anton hielt ihn an das Licht. Er las: „Eva."

Einige Minuten hindurch blieb Anton unter dem Gewicht dieses Namens in diesem Ringe gleichsam erdrückt, ohne zu denken; ohne denken zu können. Erst allmählich, eines um das andere, stiegen einzelne Bilder, Menschen, Erinnerungen, Worte in ihm auf, die sich aneinander reihten und ihn zurückführten auf den Abend, wo Großmutter Gokisch ihm zum ersten Male die Geschichte seiner Mutter mitgeteilt. Der Ring, den der Kantor Hahn seiner geliebten Tochter geschenkt, zum Andenken, zum Lohn für ihren Gesang im Oratorium! „Eva" — hatte er hineingraben lassen!

„Und diese Carina, durch welche mir Kunde versprochen ward von meiner Mutter? Diese kranke Frau, zu der ich von unerklärlicher Gewalt mich hingezogen fühlte; die mir immer sagte, nach ihrem Tode würde ich mein Glück preisen, sie gepflegt zu haben? Was zögere ich noch? Ihre Papiere! Ihr Testament!"

Mit zitternden Fingern erbrach er den Koffer, ergriff die bezeichneten Papiere und las die Bestätigung dessen, was der Ring ihn hatte ahnen lassen.

Sechsundsechzigstes Kapitel.

„Der unbarmherzige Brief, den Deines Vaters Mutter, die stolze Gräfin, mir gesendet, hatte meinen tiefen, demütigen Schmerz in wilden Zorn verwandelt. Mein gerechter Stolz erhob sich gegen die unwürdige Anklage, die mich hinstellte, als hätte Eigennutz mich Deinem Vater in die Arme geführt. Ich eilte zu den Bildhauerleuten, um bei diesen meinem Herzen Luft zu machen und zu erforschen, inwieweit sie meine Liebe zu dem jungen Grafen benutzt und ihn auf meine Rechnung und in meinem Namen betrogen haben könnten. Die Leute kannten nicht wenig, da sie mich bei dem nächtlichen Unwetter eintreten sahen, und die Christine sagte mit frechem Lachen zu ihrer Mutter: „Jetzt wird der Graf auch nicht weit sein!" Ich aber rief: „Vom Grafen ist jetzt nicht die Rede, lediglich von mir und Euch, und welchen Handel Ihr mit mir und ihm vorgehabt. Ist es wahr, was mir seine alte stolze Mutter schreibt?" Und nun hielt ich ihnen vor, daß sie von Guido Geld und Geschenke genommen, die für mich erbeten und bestimmt gewesen wären, fragte sie, ob sie diese Frechheit wirklich begangen hätten. Sie leugneten gar nicht. Die Bildhauerin meinte: „Wofür denn sonst hätte ich kuppeln sollen, wenn ich's nicht fürs Geld getan; und weil meine Christel Dir den Junker ließ, so durfte sie wohl die Geschenke statt Deiner nehmen. Etwas mußte sie doch haben!"

„Gut", sagte ich, „wenn Ihr denn schamlos genug seid, Eure eigene Schlechtigkeit zu gestehen, so verhehlt die Wahrheit nicht vor der alten Gräfin; gebt mir eine Schrift, worin Ihr erklärt, daß nichts von allem, was durch Eure Hände ging, jemals in die meinigen kam; bestätigt mir, daß ich auch nicht die geringste Gabe, nicht das kleinste Geschenk vom Grafen Guido erhielt." „Da müßten wir sehr dumm sein", nahm nun der Bildhauer das Wort, „wenn wir eine solche Schrift ausstellen wollten; die könnte uns schlecht bekommen; was geschenkt ist, ist einmal geschenkt, und kein Wort mehr davon!" Zugleich wies er mir die Tür.

Christine bat, sie möchten mich bei dem furchtbaren Regengusse nicht fortschicken. Jedoch ich ging; ehe ich das Zimmer verließ, wendete ich mich noch einmal nach den drei Leuten um und schrie mit dem Jammertone meiner Verzweiflung: „Seid verflucht vor Gott und Menschen. Ihr schlechtes Volk!"

Sonach taumelte ich hinaus, stieg die steile Ufertreppe empor, und wie ich auf der Brücke angelangt war und vernahm das Rauschen der steigenden Flut, hörte die Wogen anschlagen gegen die steinernen Pfeiler, und rings umher herrschte tiefe Nacht, so überfiel mich eine rechte Sehnsucht, Ende zu machen mit diesem Leben voll Kummer und Schmach. Dich, mein Anton, wußte ich geborgen in den Händen Deiner Großmutter. Und die Wellen, je höher sie anschwollen und stiegen, desto lauter schienen sie mir zuzurufen: „Finde Ruhe in unserem Schoß!" Nur die großen Eisschollen, die krachend an wankenden Holzböcken sich brachen, entsetzten mich, daß ich nicht gleich zu springen wagte. Man hörte nichts, als das Brausen des Flusses, das Rauschen des Regens, der in Strömen goß. Kein menschliches Wesen ließ in den öden Gassen sich spüren; in den Häusern verlöschten Feuer und Lichter; außer wo sie tiefer unten am Ufer wohnten, hielten sich Leute wach aus Besorgnis wegen der Flut. Nur da, wo sie es am nötigsten gehabt hätten, auf der Wache zu sein, weil sie am tiefsten gelegen waren, beim Bildhauer, machten sie Nacht; ich sah den letzten Schimmer an ihren Fenstern verlöschen und rief ihnen noch einmal meine Verwünschungen als Schlaflied von der Brücke hinab. Der Gedanke, daß sie, die mich so elend gemacht, ruhig schlafen mochten, gab mir neuen Grimm gegen mich und mein Schicksal. Ich schwang mich auf das Brückengeländer hinauf, gerade neben dem katholischen Steinbilde, welches den heiligen Nepomuk darstellt. Ich umfaßte den naßkalten Johannes und schrie in ihn hinein, wie ich es oftmals aus Christinens heuchlerischem Munde vernommen: „Heiliger Johannes von Nepomuk, bitte für mich!" Dies ausgerufen, nahm ich einen Ansatz und wollte mich in den Tod stürzen . . . da erscholl der Klang eines Posthorns die Gasse entlang, die zur Brücke führt. Ich wußte, daß um diese Stunde kein Postwagen abging; dennoch hörte ich deutlich das Rasseln der Räder durch den betäubenden Lärm des Wassers. Ein Posthorn, bei der Nacht ertönend, hatte für mich von Kindheit auf immer etwas Verlockendes; der Trieb zu reisen, andere Länder zu sehen, verband sich dabei mit einer unbeschreiblichen Wehmut. Es war mir, wie wenn dieser alte, liebe Ton mich zurückhielte im Leben, wie wenn er mir zurief: „Suche den Tod noch nicht, du bist noch zu jung!" Der Postillon kam heran; es war der alte Christian, seit länger als dreißig Jahren im Dienste beim Posthalter. Ich rief ihm zu: „Christian, wohin fahrt ihr?" „Mein Gott", rief er, steht ein menschliches Wesen auf der Brückenmauer bei dem Wetter, oder ist es ein Geist?" „Ich bin es", sagte ich, des Kantors Nettel, und wohin fahrt Ihr?" „Nicht fahren", sprach er, „ich bin eine reitende Stafette, aber weil mein Brauner auf dem Rücken wund gedrückt ist, hat der Posthalter erlaubt, daß ich in die Briefkarre einspanne; ich muß schnell fahren — reiten wollte ich sagen — denn ich soll rascher in G. sein, wie das große Wasser, weil ich's ihnen unten anmelden soll, daß es kommt, und im Briefe vom Herrn Landrat steht's auch geschrieben, daß sie's weiter hinunter melden lassen, ins flache Land hinein. Aber Nettel, was wollen Sie beim heiligen Nepomuk? Sie haben gewiß schlechte Gedanken?"

„Ja, Christian, die habe ich; rette mich, nimm mich mit Dir!"

Und ich sprang zu ihm auf seine Karre, der Braune griff aus, und wir flogen in die Nacht, in den Tausturm und die Regengüsse hinein.

(Fortsetzung folgt.)

schaffen". Der Bericht klagt noch, daß gerade bei den Zementbetonbauten überhaupt kein Schutz für den Arbeiter vorhanden sei. Und auf dem Zentralbahnhofbau arbeiten Maler und Anstreicher in einer Höhe von 25 Metern ohne jeden Schutz in den Eisenteilen der Bahnhofshalle. Bemerkt mag noch werden, daß der Rat der Stadt Leipzig es nicht mehr für notwendig hält, auf Eingabe und Anzeige der Bauarbeiterschutzkommission zu antworten. Dafür erhielt ein Unternehmer telephonisch die Mitteilung, daß gegen ihn eine Anzeige vorliege. Als dann die Ratskontrolle kam, war natürlich alles in Ordnung und der Beamte konnte nichts finden. Wer mag da wohl den Unternehmer angerufen haben? Die Forderung der Arbeiterschaft nach Arbeiterkontrolleuren ist auch durch diese Kontrolle wieder als berechtigt und im Interesse der Bauarbeiter unbedingt notwendig bewiesen worden.

Die freien Gewerkschaften von 1892 bis 1910.

Die dritte Million an Arbeitern wird jetzt durch die freien Gewerkschaften organisiert, Ende 1910 waren es ja schon 2 128 021, welche ihren Gewerkschaften angehörten. Es lohnt sich, die Spuren der deutschen Arbeiterbewegung rückwärts gehend wieder einmal zu betrachten. In nachfolgender Zusammenstellung bringen wir die Entwickelung der einzelnen Gewerkschaften, soweit sie der Generalkommission angehören, so wie von ihnen auf dem kommenden Kongreß in Dresden berichtet werden wird, zur Darstellung. Im Jahre 1892 fiel das Sozialistengesetz, die Arbeiterorganisationen konnten wieder zum ersten Male Heerschau halten. Das Jahr 1910 bedeutet das Wiederaufsteigen der wirtschaftlichen Konjunktur, es brachte neuen Fortschritt für nahezu sämtliche Verbände. Lassen wir nun die Zahlen folgen:

	Ende des Jahres			
	1892	1902	1908	1910
Asphalteure	—	—	515	1 006
Bäcker	1 210	4 760	18 289	21 944
Bauhilfsarbeiter	2 000	16 199	55 526	61 867
Bergarbeiter	44 906	41 894	112 192	120 492
Bildhauer	2 806	3 918	4 175	3 676
Blumenarbeiter	—	—	498	825
Böttcher	4 200	5 736	7 705	7 988
Brauereiarbeiter	4 740	15 181	37 858	40 416
Buchbinder	2 752	10 207	21 978	26 934
Buchdrucker	16 000	34 120	55 482	60 923
Buchdruckhilfsarbeiter	—	1 996	1 996	13 492
Bureau-Angestellte	—	371	4 477	5 556
Dachdecker	?	2 974	5 938	6 792
Fabrikarbeiter	2 460	33 640	136 195	159 152
Fleischer	—	1 577	3 017	3 524
Friseure	515	500	2 110	2 090
Gärtner	986	312	4 800	5 561
Gastwirtsgehilfen	—	1 978	10 011	10 320
Gemeindearbeiter	—	6 515	28 160	36 125
Glasarbeiter	1 944	5 643	16 859	14 830
Glaser	1 500	2 772	4 378	4 125
Handlungsgehilfen	—	1 770	8 750	11 528
Holzarbeiter	23 982	71 864	146 576	158 922
Hutmacher	2 665	3 232	7 005	8 975
Isolierer	—	—	875	852
Kupferschmiede	2 630	3 513	4 1[illegible]	4 482
Kürschner	—	—	1 341	4 369
Lagerhalter	—	862	2 091	2 393
Lederarbeiter	4 099	7 317	10 719	13 767
Lithographen	4 369	7 944	17 350	17 251
Maler	4 767	14 303	39 485	42 692
Maschinisten und Heizer	—	6 070	18 370	19 560
Maurer	11 842	82 223	175 019	173 626
Metallarbeiter	30 492	134 153	360 099	415 863
Notenstecher	—	289	423	425
Porzellanarbeiter	5 112	8 245	12 974	12 418
Sattler und Portefeuiller	1 112	3 560	10 597	12 121
Schiffszimmerer	1 354	2 092	3 929	4 070
Schmiede	1 700	7 244	15 193	15 044
Schneider	6 372	18 680	39 306	42 152
Schuhmacher	10 150	20 583	37 097	39 954
Steinarbeiter	—	8 000	17 816	20 267
Steinsetzer	1 926	4 424	10 356	10 536
Stukkateure	400	2 553	7 361	8 310
Tabakarbeiter	11 079	17 833	28 556	32 645
Tapezierer	1 044	4 735	8 275	9 116
Textilarbeiter	6 939	46 805	127 242	125 207
Töpfer	—	8 627	10 839	11 385
Transportarbeiter	2 194	36 143	119 023	140 294
Xylographen	—	—	502	470
Zigarrensortierer	480	1 120	2 901	3 090
Zimmerer	8 371	24 502	51 119	54 908
Zivilmusiker	—	537	1 642	1 858

Für die Jahre 1892, 1902, 1908 und 1910 ergeben sich im Jahresdurchschnitt die folgenden Mitgliederziffern: 227 023; 733 206; 1 831 731; 2 017 913. Ende 1910 war die Zahl, wie schon oben angegeben, erheblich höher! Sie ist jetzt noch mehr gestiegen.

Allgemeiner Fortschritt ist das Kennzeichen aller freien Gewerkschaftsorganisationen, wo wirklich kleine Mitgliederrückgänge zu melden sind, handelt es sich um außerordentliche Vorgänge in dem betreffenden Gewerbe selbst.

Alles in allem: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung marschiert, und sie wird sich durch niemand mehr aufhalten lassen!

Ein zweites Essen?

Die Schreckensurteile gegen organisierte Arbeiter, gefällt von ihren wirtschaftlichen und politischen Gegnern auf den Geschworenenbänken der bürgerlichen Gerichte, nehmen in jüngster Zeit wieder erschreckend an Zahl zu. Kaum hat sich die Erregung der Arbeiterschaft über das grauenvolle Urteil des Kölner Geschworenengerichts gegen den Genossen Fröhlich in dem bekannten Köln-Deutzer Landfriedensbruch einigermaßen gelegt und kaum sind die Kommentare verklungen, die dem glänzenden Freispruch in dem Wiederaufnahmeverfahren gegen die Essener „Zuchthäusler" von Freund und Feind gewidmet wurden, und schon kommt wieder die Nachricht von einem ähnlichen Schreckensurteil der bürgerlichen Justiz. Diesmal ist es das Schwurgericht in Detmold, das gegen einen organisierten Arbeiter ein geradezu ungeheuerliches Urteil fällte. Uns wird darüber aus Detmold berichtet:

Das lippische Schwurgericht verurteilte den Genossen Holzbildhauer Maurer aus Lage in Lippe wegen Meineids zu zwei Jahren Zuchthaus und dreijährigem Ehrverlust. Der Gerichtshof ging gar noch über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus, indem er die bürgerlichen Ehrenrechte für 3 Jahre (statt für 2) aberkannte. Es handelt sich bei dieser Entscheidung um folgende Vorgänge:

Im November vorigen Jahres hatten die Näherinnen der Bielefelder Fabriken die Arbeit niedergelegt, und die in Lippe beschäftigten Arbeiterinnen dieser Fabriken hatten sich ihnen angeschlossen. Am 4. November waren zwei Arbeitswillige nach Bielefeld gefahren, um wegen Arbeit nachzufragen. Als sie zurückgekommen waren, folgten ihnen in Lage etwa 20 bis 30 Arbeiterinnen und Arbeiter. Zwei von diesen, der Angeklagte Maurer und der Tischler Markmann, suchten die Arbeitswilligen zum Eintritt in den Verband zu veranlassen. Markmann wurde dann einige Wochen darauf vor das Schöffengericht Lage zitiert, weil ihm die Staatsanwaltschaft vorwarf, gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen zu haben. Die beiden arbeitswilligen Näherinnen beschworen vor Gericht, gehört zu haben, wie Markmann gesagt habe: „Fahrt Ihr nochmal nach Bielefeld, wißt Ihr, was Euch passiert, Ihr Bären; wenn Ihr kein Brot mehr habt, wollen wir Euch was kaufen." Markmann bestritt, diese Wendungen gebraucht zu haben, und Maurer beschwor, er habe von solchen Drohungen nichts gehört. Das Gericht verurteilte Markmann aber trotzdem auf Grund der Aussage der beiden Belastungszeugen zu einer Woche Gefängnis. Damit ließ es die Staatsanwaltschaft aber nicht genug sein; sie schätzte die Aussagen der beiden Arbeitswilligen so hoch ein, daß sie nun gegen Maurer wegen Eidesverletzung vorging. Obgleich die sämtlichen sonst noch geladenen Arbeiter und Arbeiterinnen bekundeten, nichts von den erwähnten Drohungen gehört zu haben (sie waren etwa 15—20 Schritt von den andern entfernt), kamen die Geschworenen doch zu einem „Schuldig", und zwar unter Verneinung aller Nebenfragen nach mildernden Umständen. Als Staatsanwalt fungierte ein jugendlicher Assessor, der seine Rede mit der Wendung einleitete, die Meineide häuften sich, weil die Achtung vor der Religion und vor „unsern Staatseinrichtungen" immer mehr schwinde, und der sie nicht beendete, ohne mit mehr oder weniger bestimmten Wendungen der Zeugen, die für Maurer günstig ausgesagt hatten, vorgeworfen zu haben, sie nähmen es mit ihren Eidespflichten nicht so genau. In den Urteilsgründen ist ausgeführt, daß straferschwerend in Betracht gezogen sei, daß der Angeklagte den Meineid in frivolster Weise geleistet habe. Worin diese „Frivolität" bestanden haben soll, wird angedeutet durch die Wendung, Maurer sei durch „politische Irreleitung verrannt" gewesen und er habe seine Aussage bis zuletzt aufrecht erhalten. Eine merkwürdige Begründung!

Die Geschworenenbank war mit 8 Gutsbesitzern, 3 selbständigen Kaufleuten und einem Mühlenbesitzer besetzt. Einen Arbeiter suchte man vergeblich! Und dabei soll man dann noch an eine über den Klassen thronende Justiz glauben!

Es zeigt sich hier dasselbe Bild wie seinerzeit in Essen, Güstrow und anderwärts: wegen einer Lappalie, die, selbst wenn sie sich so abgespielt haben sollte, wie sie die Kronzeugen der Staatsanwaltschaft schildern, jedermann lächerlich geringfügig erscheinen muß, wird nicht nur gegen die Sünder selbst gerichtlich vorgegangen, sondern außerdem noch ein hochnotpeinliches Verfahren wegen Meineids gegen die Entlastungszeugen des Angeklagten eröffnet. Und, was wiederum eine ganz analoge Erscheinung ist, die Zeugen des angeblichen Meineidigen werden als unglaubwürdig oder unzuverlässig abgetan. Das Gericht stützt sich einzig und allein auf das Zeugnis der Gegner des Angeklagten, und dieser wird zu einer ungeheuerlichen Strafe verurteilt, die ihn nicht nur moralisch ächtet, sondern auch seine bürgerliche Existenz vernichtet. Für den jungen Staatsanwalt steht von vornherein fest, daß dem Angeklagten, da es sich um einen Sozialdemokraten, einen Feind der kapitalistischen „Ordnung" handelt, ein Meineid ohne weiteres zuzutrauen ist, und seiner Meinung können sich auch die der bürgerlichen Klasse entnommenen Richter nicht entziehen. Das Fehlurteil von Essen, das mehrere Menschenschicksale vernichtete und dann endlich nach jahrzehntelangem Kampf der überlebenden Verurteilten aufgehoben werden mußte, scheint spurlos an der bürgerlichen Welt und ihren Justizdienern vorübergegangen zu sein, wie kürzlich erst der Danziger und jetzt wieder der Dortmunder Fall zeigt; die Klassenjustiz fordert nach wie vor ihre Opfer.

Die Marseillaise.

(Zum 75. Todestage des Dichters.)

Am 26. Juni 1836 verstarb in der kleinen französischen Stadt Choisyl de Roy ein alter Veteran aus den Revolutionskriegen. Zwei Tage später trug man den Toten nach dem Friedhofe. Auf dem Sarge lag eine unscheinbare Militär-Uniform mit vom Alter schwarz gewordenen Hauptmanns-Epauletten und die Insignien der Ehrenlegion, und viele mit roten Bändern durchflochtene Lorbeerkränze. Dem schlichten Totenschrein folgten nicht nur alte, bejahrte Berühmtheiten der französischen Armee, nicht nur Finanziers, Dichter und Gelehrte, sondern auch Arbeiter. Sie waren die Mehrzahl der Leidtragenden. Fast die ganze Stadt und die Umgegend gaben dem Toten das letzte Geleit.

Der Sarg wurde in eine Gruft aus Lorbeer und Blumen hinabgesenkt und nur langsam trennte sich die Menge von der Stätte der Trauer.

„Rouget de l'Isle", der Name des Toten ging noch einmal von Mund zu Mund. Das kleine Städtchen hatte seinen berühmtesten Bewohner verloren, den Dichter der Marseillaise.

Der „Schlachtgesang der Marseiller" ist jedenfalls das Größte, was Frankreichs Lyrik und Tonkunst während der Revolutionsjahre hervorgebracht hat. Selbst der eingefleischte spießbürgerliche deutsche Franzosenfresser kann dem hohen poetisch-musikalischen Werte dieser Freiheitsdichtung seine Anerkennung nicht versagen. Es klingt etwas Faszinierendes aus jenen leidenschaftlichen Strophen. Schwerlich haben Poesie und Musik eine innigere Vermählung gefeiert als in diesem Liede.

Es ist aber kaum anzunehmen, daß Dichtkunst und Tonkunst sich so zauberisch verschmelzen konnten, wenn nicht Wort und Ton in dem begeisterten Hirn eines Meisters entstanden wären.

Es ist bekannt, daß dieses Lied eine hinreißende Gewalt auf die Soldaten der Revolution ausgeübt hat. Unter seinen Klängen sind die osteuropäischen Gamaschenheere despotischer Machthaber besiegt und zerschmettert worden. Die Marseillaise überragt unstreitig das auch während der Revolution entstandene „Ça ira". Das bemerkenswerteste dabei ist aber, daß Rouget de l'Isle als junger Genieoffizier das Werk in größter Hast und Eile gedichtet und vertont hat.

Es war im Jahre 1792 zu Straßburg. Die erste Revolutionsarmee stand im Begriffe die deutsche Grenze zu überschreiten. Der Maire von Straßburg wollte den Truppen einen musikalischen Ehrensalut veranstalten. Da entstanden Zweifel über die Wahl des Marschliedes. Die alten, während der Monarchie geschaffenen Märsche waren den Verhältnissen nicht mehr angemessen. Der Maire wollte darum einen völlig neuen Marsch haben. Als er sich eines Abends darüber mit einer Gruppe von Offizieren unterhielt, erbot sich de l'Isle während der Nacht den Marsch zu dichten und in Musik zu setzen.

In seinem Quartier angekommen, setzte sich der Offizier ans Klavier und ging ans Werk. Gegen Morgen war die Arbeit fertig. Bei Tagesanbruch erschien ein Musikkorps und studierte den neuen Marsch ein. Der Dichter hielt seine Schöpfung durchaus nicht für ein Meisterwerk. Ein Schauspieler korrigierte während des Vormittags noch daran herum. Unmittelbar nach Mittag aber klangen die Weisen zusammen und eine unbeschreibliche Begeisterung der Volksmassen war die Folge. Die Regimenter der Garnison lernten das Lied in zwei Tagen. Es übte eine solche Wirkung aus, daß Freiwillige in Massen herbeiströmten und unter der Fahne der Republik ihr Leben einsetzen wollten. Bald sangen nicht nur alle Offiziere und Soldaten die Marseillaise, sondern ganz Frankreich schmetterte das feurige Lied in die Lüfte. Unter seinen Klängen stürmte man am 10. August desselben Jahres in Paris die Tuilerien. Und der Gesang begleitete nicht nur die Revolutionstruppen, sondern auch Napoleons Heere durch Europa. Inzwischen ist die Marseillaise nicht nur Nationalhymne für Frankreich geworden, sondern vor allen Dingen hat das kämpfende Proletariat fast aller Länder die feurigen Weisen zu seinem Schlachtchoral erwählt.

Aber der Ruhm dieses populärsten aller musikalischen Märsche war weit entfernt, den Verfasser und Schöpfer auf Rosen zu betten. Und wenn auch während der napoleonischen Herrschaft nicht gerade das Leben, des in der Schlacht bei Quiberon schwer verwundeten Genieoffiziers de l'Isle bedroht war, so kannte der Korse doch die dämonische Wirkung der Marseillaise zu gut, um in ihrem Schöpfer einen Feind des Kaisertums zu sehen. Rouget de l'Isle wurde von Napoleon kaltgestellt.

Er erwarb sich dann seinen Lebensunterhalt durch Schriftstellerei. Sogar eine Oper hat der Freiheitsdichter komponiert, die aber angesichts der Machtverhältnisse, zur Zeit ihrer Entstehung nicht günstig aufgenommen wurde. Und so konnte der einst so gefeierte Mann nur in den ärmlichsten Verhältnissen sein Leben fristen. Bis 1830 hatte er mit Hunger und Not zu kämpfen. Und erst nach der Julirevolution von 1830 setzte man ihm eine Staatspension von 1200 Franken pro Jahr aus. Außerdem ist er von Beranger bis zu seinem Tode unterstützt worden. Erst nach dem Ende seines Lebens wurde der Halbvergessene wieder geehrt und allerwärts gefeiert. Es ging ihm wie so vielen anderen, die Großes für die Menschheit geschaffen haben und doch bei Lebzeiten verkümmern müssen. Aber Rouget de l'Isle hat sich durch seine Marseillaise in dem Herzen der Arbeiterklasse ein Denkmal geschaffen, das von festerer Dauer ist als Marmor und Erz.

Aus Nah und Fern.

Schießfreiheit für die Berliner Schutzleute. Kürzlich ist in einer Gastwirtschaft der Friedrichstraße in Berlin der Schutzmann Lucht von einem Rowdy, dessen Namen zwei von ihm bedrohte Mädchen feststellen lassen wollten, erschossen worden. Dieses Vorkommnis hat der Polizeipräsident v. Jagow zum Anlaß genommen, neue Bestimmungen über den Waffengebrauch der Schutzleute zu erlassen. Nach diesen neuen Bestimmungen sollen die Schutzleute, wenn Gewalt oder Tätlichkeiten gegen sie verübt werden, berechtigt sein, ohne vorherige Anwendung der Hiebwaffen gleich von den Schußwaffen Gebrauch zu machen. Bisher durften die Schutzleute sich der Schußwaffen nur bedienen, wenn nach ihrer Überzeugung der Gebrauch der Hiebwaffen nicht genügte. — Das ist eine Bestimmung, die unter Umständen für das Publikum sehr gefährlich werden kann.

Die Oderschiffahrt lahmgelegt. Auf der kanalisierten Oderstrecke ist, der „Schlesischen Zeitung" zufolge, Freitag früh das Wehr bei der Neisse-Mündung gebrochen. Das Wasser ist abgeflossen, und die Oderschiffahrt ist lahmgelegt.

Schweres Bauunglück. In einem Neubau des Spar- und Bauvereins in Hagen in Westf. waren italienische Arbeiter damit beschäftigt, Betonarbeiten auf dem Balkon des vierten Stockwerkes auszuführen. Als ein Handlanger mehrere Säcke Zement, die durch einen Aufzug heraufbefördert waren, auf den Balkon niedergehen ließ, brach die Verschalung durch, und vier italienische Arbeiter stürzten herab. Sie durchschlugen im Fall drei darunterliegende, bereits fertige Balkons und fielen auf den Hof. Sämtliche Arbeiter wurden lebensgefährlich verletzt.

Freundestreue. Am vorigen Sonntag war der Sohn des Ministerialdirektors Geheimrats Rumpelt aus Dresden tödlich abgestürzt. Ein Freund des Toten, der Assistent Conradi an der Dresdener Technischen Hochschule, hatte die Tour mitgemacht. Er hat sich den Todessturz seines Freundes so zu Herzen genommen, daß er sich an der Unglücksstelle vergiftet hat, wo man am Donnerstag seine Leiche fand.

Wenn hohe Beamte pensioniert werden. Wie wir vor einigen Wochen berichteten, wurde der frühere Beigeordnete von Elberfeld, Pfeiffer, trotz skandalöser Vorkommnisse auf Veranlassung seiner Gönner mit einer lebenslänglichen Pension von jährlich 5000 Mk. bedacht. Zu dieser Affäre teilt das Barmer Amtsblatt, die „Allgem. Ztg.", jetzt aus sicherer Quelle mit, Pfeiffer habe bereits eine gut dodierte Stelle als juristischer Beirat der Elberfelder Farbenfabriken vormals Friedrich Bayer u. Co. gefunden. Die Affäre hat sich also durchaus stilgerecht weiter entwickelt. Einen so brauchbaren Mann wie Pfeiffer, der in der Sozialistenbekämpfung Lorbeeren geerntet hat, läßt die heutige Gesellschaft nicht fallen. Immerhin hätte man sich das in Elberfeld auch vorher sagen können. Aber weswegen man dort so schnell mit der ungerechtfertigten Pensionierung bei der Hand war, scheint seinen Grund darin zu haben, daß die Affäre Pfeiffer in Elberfeld nicht vereinzelt dasteht. Jedenfalls kursieren in der Stadt Gerüchte, die das behaupten. Da hat die „Furcht vor dem Skandal" also wieder einmal bestimmend eingewirkt.

Gesunkene Fähre. Eine Fähre ist mit 20 Passagieren in Mecheln bei Antwerpen gesunken. Man spricht von acht Ertrunkenen, jedoch war die Feststellung bisher unmöglich.

Von einem umstürzenden Postpaketwagen wurde in Salzwedel der Postschaffner Neuling erschlagen; er war sofort tot. Der Postillon des Wagens wurde schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß der sehr eilig fahrende Postwagen bei einer Biegung, die zu rasch und kurz genommen wurde, umschlug.

Für die Reichsverbandsliste. Im hessischen Landeszuchthaus Rockenberg wurden größere Unterschlagungen aufgedeckt, deren Höhe etwa 15 000 Mark betragen soll. Der Kassenrechner wurde durch eine Revision überrascht und verhaftet.

In Stücke gerissen. Ein schweres Unglück ereignete sich in der Motorenfabrik von Benz u. Co. Der Schlosser Adolf Dürrnang wurde, als er einen Transmissionsraum verlassen wollte, von einer Transmission erfaßt und fortgerissen. Im Zeitraum von wenigen Sekunden war der Körper des Unglücklichen förmlich zerfleischt. Die beiden Unterschenkel wurden abgerissen und mit anderen Fleischteilen zum Fenster hinausgeschleudert.

Genossenschaftsbewegung.

Konsumvereinsbäckereien ein „Unfug". Im „Brotfabrikant" vom 3. Juni wird ein aus dem „Kevelaer Volksblatt" übernommenes „Eingesandt" abgedruckt, in dem es u. a. heißt:

Hier am Niederrhein ist man mit aller Macht dabei, den kleinen Geschäftstreibenden das Rückgrat zu brechen. Ganz besonders leiden hier im Kreise Geldern die Bäckermeister unter einem derartigen Druck. Es genügt nicht mehr, daß der eine oder andre Auswärtige eindringt und seine Ware verschleudert, nein, sogar die Konsumgesellschaften fühlen sich dazu berufen, den Bäckereien ihr Handwerk lahmzulegen. Neuerdings gehen auch bereits Molkereigenossenschaften dazu über, neben allerlei Einrichtungen (denn auch der Müller soll an den Galgen) auch eigne Bäckereien einzurichten, wie das in jüngster Zeit in Lüllingen bei Waldeck beschlossen wurde. Wozu brauchen wir denn den Arbeitsnachweis, wenn Meister, die ihre Prüfung mit Auszeichnung bestanden, finanziell aber nicht leistungsfähig genug sind, diesem Unfug von Einrichtungen standzuhalten, von diesem aber nach allen Regeln der Kunst den Ruin zu erwarten haben! Es wäre in der Tat an der Zeit, daß sich die Bäckerinnungen bezw. -vereinigungen mit der Handwerkskammer zusammenfänden, um diesen Einrichtungen energisch entgegenzutreten. Die Gewerbeordnung und die Steuergesetzgebung geben der Regierung Mittel genug an die Hand, um dieses „Handwerk" zu unterbinden.

Neues bietet das Klagelied vom Niederrhein nicht, abgesehen von dem Hinweise, daß auch Molkereigenossenschaften zur Errichtung von Bäckereien übergehen. In Breslau und anderen Städten besitzen sogar die Kolonialwarenhändler Bäckereien. Also muß doch auch in diesen Mittelstandskreisen sich die Überzeugung Bahn gebrochen haben, daß es möglich ist, in Großbetrieben Brot billiger und hygienisch vorteilhafter zu produzieren als in Zwergbäckereien, über deren gesundheitsschädliche Einrichtungen für Arbeiter und Konsument oft genug auch im Rheinlande von der Gewerbepolizei geklagt wird. Im Jahresberichte für 1910 klagt der Kölner Gewerberat über Bäckereizustände, die „den Anforderungen der Hygiene gröblich zuwiderlaufen". Wo Gewerbeinspektoren über konsumgenossenschaftliche Bäckereien berichten, betonen sie dagegen stets deren Vorzüge gegenüber den unter schlechten sozialen und hygienischen Bedingungen arbeitenden privaten Kleinbetrieben. Der Konsumvereinsbäckereien wegen hätte man keine besondere Bäckereiverordnung zu erlassen brauchen. Bedenkt man, daß die größeren Konsumvereinsbäckereien, wie die des Bürger- und Arbeiterkonsumvereins „Eintracht" (Essen), täglich 300 Zentner Mehl verbacken, daß der Konsumverein Leipzig-Plagwitz täglich sogar 600 Zentner Mehl verbackt, berücksichtigt man ferner, daß diese Bäckereien sich alle modernen Fortschritte der Technik zunutze machen und trotz mustergültiger Arbeitsverhältnisse ein besseres und billigeres Brot zu liefern vermögen, so kann man daran die ungemein große Bescheidenheit der Bäckermeister ermessen, wenn sie von dem „Unfug" der Konsumvereinsbäckereien reden und von der Regierung Ausnahmegesetze dagegen fordern. Die auf die Gesetzgebung gesetzten Hoffnungen der Bäckermeister werden schmählich zusammenbrechen, denn wenn erst einmal die Technik in einem Gewerbe Eingang gefunden hat, dann erstrebt das Kapital schon um seiner Rente willen den Großbetrieb, wovon übrigens die namentlich in Rheinland-Westfalen besonders stark vertretenen privaten Brotfabriken Zeugnis ablegen.

Theater und Musik.

Stadthallentheater. „Der Zigeunerbaron", Johann Straußens hübsche Operette, errang bei ihrer Aufführung am Donnerstag einen vollen Erfolg, der besonders durch die vortreffliche Besetzung der Hauptpartien seine Berechtigung hatte. Frl. Schönberger sang und spielte die Saffi sehr wirkungsvoll. In Herrn Göbel als Barinkay hatte sie einen gleichwertigen Partner. Der Schweinezüchter Szupan gehört zu den besten Rollen Julius Seidlers, der hier seinem Humor und seiner drastischen Komik die Zügel schießen lassen konnte. Mit der Arsena fand sich Frl. Hoffmann annehmbar ab. Auch die übrigen Partien warend ausreichend besetzt. Der Chor und das Orchester leisteten das, was bei der schwachen Besetzung möglich war. An Beifall fehlte es nicht. P. L.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. „Imatra" ist Freitag mittag von Wiborg auf hier abgegangen.

D. „Wiborg ist Freitag mittag von Kotka auf hier abgegangen.

D. „Brage" ist Donnerstag abend 6 Uhr von Holmsund auf hier abgegangen.

D. „Stadt Lübeck" ist gestern mittag 1 Uhr von Danzig nach hier abgegangen.

D. „Albert Edward", ist gestern von Nederkalix auf hier abgegangen.

D. „Joh. Jeansson", ist gestern mittag von Sundsvall auf hier abgedampft.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 23. Juni.

1. Qualität	118—121 Mk.
2. „	105—112 „
Ferner:	
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	— „
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	— „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	105—110 „
do. II. do.	100—104 „
Galizische und ähnliche,	— „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 23. Juni.

Auftrieb 2087 Schweine. Markt wurde flott geräumt Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 53,00 bis 54,00 (42,00 bis 43,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 53,— bis 53,50 (42,50 bis 43,00) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 54,00 bis 55,50 (42,00 bis 43,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 54,50 bis 56,00 (42,50 bis 43,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 54,50 (38,00 bis 41,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 49,— bis 52,— (39,00 bis 41,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 44,— bis 48,— (34,50 bis 37,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Unserm Cousin **J. Glunz** zu seinem 26. Wiegenfeste ein donnerndes Hoch.
B. Wittmack und Frau.

Uns lewe Fründ **Johann Glunz** hätt morgen Geburtsdag un hei sall leben, hei ward doch wull nix tom besten geben? Drei döftige Seelen.

Zu sofort oder später **Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen** zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 38. pt., r.

Zu verm. z. 1. Okt. die 3. Etage (3-Z.-Wohn., hell, m. all. Zubeh., Küche mit Gas). Preis 270 Mark. Glockengießerstr. 46. p.

Ehel. o. Kind. suchen e. **3-Zim.-Wohnung** (1 Etg.) m. Gas v. d. Holstentor z. 1. Okt. Ang. m. Preis unter **L 10** a. d. Exped. d. Bl.

Gesucht z. 1. Okt. eine **3-Zimmer-Wohnung** v. d. Holstentor. Ang. mit Preis unter **S L 58** an die Exped. d. Bl.

Ges. z. 1. Okt. v. ält. Ehepaar e. frdl. **2-Zim.-Wohn.** m. all. Zubeh., Schwart. Allee od. d. Nähe. Ang. u. **R W** an die Exp. d. Bl.

Ges. eine **Wohnung** v. Mühlentor im Preise von 200 Mark, wo Hühner gehalten werden können. Ang. u. **S 2** an die Exped. d. Bl.

Jünger. Tagesmädchen oder großes Schulmädchen gesucht. **Cleverbrück**, Villa Anni.

Zum 1. Juli suche einen jungen
ordentl. zuverl. Hausburschen,
der mit Ponyfuhrwerk Bescheid weiß.
Dorotheenstraße 1.

Gesucht nach Nehna ein Ostern konfirmiertes **Mädchen** für häusl. Arbeiten. Ang. u. **R 17** an die Expedition dieses Blattes.

Ein starkes Arbeitsrad 30.— Mk., ein starkes Arbeitsrad mit Torpedofreilauf 40.— Mk., ein gut erhalt. Herrenrad mit Torpedofreilauf nur 55.— Mk. **O. Dortmundt,** Schwart. Allee 99. Fahrradhandl.

Herren-Fahrrad, Freilauf, 35 Mk., Knaben-Fahrrad 25, Mädch.-Fahrr. 35 Mk. Wakenitzmauer 5.

Wegen Umzug 1tür. Kleiderschr., gr. Waschtisch, kl. Küchenschrank m. Aufsatz, kl. Kommode billig zu verk. Fleischhauerstr. 104. I.

1 schöner groß. Myrtenbaum zu verkaufen. Sedanstr. 26.

1 langer schw. Sommerkragen neu, billig zu verkaufen. Augustenstr. 26. Hinterhaus.

Eine Konzertzither mit Schule billig zu verkaufen. Vorbeckstraße 18a.

Ein fast neuer schwarzer **Rockanzug**, Preis 15 Mk. zu verkaufen. Friedenstraße 64. part.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 25. Juni von 1 Uhr an.
Dr. med. Meyer, Marlistraße 40 b.
Dr. med. G. Hofstaetter, Hüxstr. 107.
Dr. med. Ad. Christern, Schw. Allee 4.

Elegantes Vertiko billig zu verkaufen. Gr. Gröpelgrube 55.

Zu verkaufen ein **Kostüm**, ein weißes **Mullkleid** und **Bluse** für 14—16jähriges Mädchen. Wahmstraße 37.

Ein blauer Kastenwagen gut erhalten, billig zu verkaufen. Friedenstraße 3, II.

Ein **Schlafsofa** und eine **Wassertonne** zu verkaufen. Werderstraße 3, part.

Ein gut sprechender **Papagei** mit Bauer billig zu verkaufen. Schwartauer Allee 99.

Ein wachsamer **Hund** zu verkaufen. **Karl Howoldt,** Fackenburg, Segebergstraße 65.

Junge Brieftauben, weiße, dunkelblaue, zu verkaufen. Engelsgrube 43/5.

Billig zu verk. **belgische Riesenkaninchen,** alte u. junge, und grüne **Kohlpflanzen, Fahrradlaterne.** Kottwitzstraße 52, part., r.

Wolfshund, zu verkaufen, 1½ J., Wach- u. Viehhund. **Dankert, Vorwerk.**

Eine Milchziege zu verkaufen. Ahrensböker Straße 17.

Für junge Leute wird sauber gewaschen und geplättet. Rosenstraße 10, I. l.

Sohl- u. Vacheleder in Häuten und Ausschnitt, gut und billig. **C. Kahns,** Mengstr. 5.

Herren-Sohlen 2.20 Mk., Damen-Sohlen 1.40 Mk., Herren-Absätze 75 Pfg., Damen-Absätze 50 Pfg. **Johannes Voß,** Hüxstraße 90.

Willy Koch
:: Zahntechniker ::
Lübeck, Holstenstrasse 21.

Feinste gelbkochende
Magn. bonum
100 Pfd. 3.25 Mk.
10 Pfd. 35 Pfg.
Johannes Müller
Hartengrube 21.

Prima
Lachs-Abfall, Paket 30 Pfg.
Krümel-Lachs „ 20 „
Kieler Bücklinge,
Bund-Aale.
P. Tretow,
27. Schlumacherstraße 27.

Bungescher Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Ein wertvolles Buch für jedermann ist
Der Ratgeber
für das praktische Leben.
Hand- und Nachschlagebuch für alle Angelegenheiten; praktischer Hausarzt und Rezeptbuch nebst einem Anhange enthaltend: Wörterbuch der neuen Rechtschreibung, Zinsenberechnungs- u. andere Tabellen. — 1200 Illustrationen und Kunstbeilagen.
Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk.
nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Für alle Sorten
Brennmaterialien
gelten
ermässigte Sommerpreise
daher jetzt günstigste Zeit
zur Eindeckung des Winterbedarfs.
Verlangen Sie bitte Preisliste.
Christian Gäde.
Kontor: Fischergrube 4. Fernsprecher 242.

Wir empfehlen als gute Unterhaltungslektüre:
Kapt. Marryats Werke 2 Bände eleg. gebund. Mk. 3.—
Ch. Dickens ausgewählte Werke
2 Bände, elegant gebunden Mk. 3.—
Ferner sind wieder eingetroffen:
Fritz Reuters Werke
in 2 Bänden, elegant gebunden Mk. 3.—
Als Nachschlagebuch:
Der Ratgeber für das praktische Leben.
Elegant gebunden Mk. 2.75
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.